

109-1/65

162 listu

162 listu

list č. 35-1 navíc

list č. 44 chybí

11.2.2009 Juncil

W-Großgörschbacher.

25. November 1942.

St.S. 488/42. ✓



86726

An Herrn
Gauleiter und Reichs-
statthalter Eigruber,

W i e n
Landhaus.

Sehr verehrter Gauleiter !

In Sachen Besitzungen des Stiftes Hohenfurth ist mir
inszwischen gemeldet worden, daß die Beschlagnahme de
is Böhamen und Mähren gelegenen Vermögens aufgehoben
und das Vermögen dem Reichsgau Oberdonau übergeben
worden sei. Ich darf damit das dort. Schreiben vom
31.5.42. - Zeichen G/K. als erledigt ansehen.

Heil Hitler!

Ihr



Sicherheitsdienst des Reichsführers-~~SS~~
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentsch, den 31.8.1942.
Sochsenweg
Fernsprecher 774-64

L - SA 169

3910/42
Geheim!

2
3. SER 1942

1.) An den

Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
~~SS~~-Gruppenführer K.H. F r a n k
P r a g

2.) An den

Herrn Generalinspekteur der Verwaltung
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
~~SS~~-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Reinefarth
P r a g

Betr.: Verwaltungsumbau im Protectorat -
Tagung der Bezirkshauptleute.

Vorg.: Ohne.

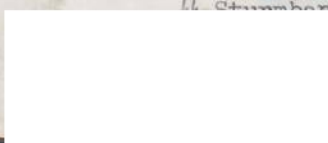
Hier ging folgende Meldung ein, die mit der Bitte um
Kenntnisnahme vorgelegt wird:

"Am 26.8.42 fand eine Besprechung sämtlicher Bezirks-
hauptleute Böhmens beim Landesvizepräsidenten N a u d s e i n
Prag statt. An der Tagung nahmen auch die Geschäftsführen-
den Bezirkshauptleute teil und als Einziger der Inspekteur

Die Teilnehmer wurden erst aufgefordert, kurz über ihre Erfahrungen zu berichten, die ganzen Punkte durch Naudé zusammengefasst, die dann zu einer ziemlich übereinstimmenden Meinung über die weitere Arbeit führten. Die Ausführungen von Oberregierungsrat Klose, in denen er mehrmals die Redewendung gebrauchte: "Wir müssen, solange wir noch da sind...", liessen bei den Bezirkshauptleuten vielfach die Meinung aufkommen, dass es sich bei dem Inspekteur nur um eine vorübergehende Lösung handeln würde. Vom Melder wird andererseits zu diesem Punkte bemerkt, dass er aber den Eindruck habe, die Bezirkshauptleute hätten sich bereits mit der Existenz des Inspektors, besonders jetzt nach der Einspielung der Verwaltungskompetenzen, abgefunden und zum Teil dessen Anwesenheit, hauptsächlich als beratende und mit grösserer Machtvollkommenheit ausgestattete Behörde, wünschenswert erscheinen lassen. Besonders bei grösseren Problemen würde im einzelnen zur Unterstützung der Angelegenheit sich die Person des Inspektors als wertvoll erweisen. Von den Bezirkshauptleuten selbst soll besonders das Eingeständnis eines Geschäftsführenden Bezirkshauptmannes, "dass es nichts gebe, was nicht den Bezirkshauptleuten übertragen werden könnte," mit grosser Genugtuung aufgenommen worden sein. Praktisch dürfte hiermit zu erwarten sein, dass den Bezirkshauptleuten weitere Zuständigkeiten übertragen und überhaupt ihre Stellung weiter ausgebaut würden. Beim Geschäftsführenden Bezirkshauptmann sollen in Zukunft lediglich die technischen Abteilungen verbleiben und er allein die Verteilung des Brennstoffes sowie die Überwachung des Kraftfahrparks durchführen. Diese Form würde allgemein auch von den Bezirkshauptleuten akzeptiert werden und praktisch würde damit wieder der alte Zustand der autonomen Verwaltung hergestellt.

Ebenso soll nach Ansicht des Melders auch die weitere Aufspaltung der Verwaltung in Fachverwaltungen eine gewisse Einschränkung erfahren haben. Tatsache ist, dass die Fachverwaltung bisher nicht weiter aus- und aufgebaut wurde, im übrigen soll sie wohl ihre Selbständigkeit behalten, aber veraltungsmässig enger an den Bezirkshauptmann gebunden werden."

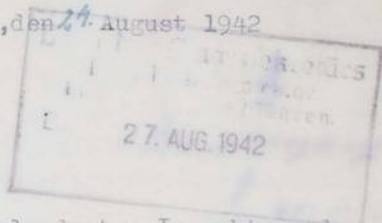
Handwritten signature
Stabschef



Gruppe I 1

I 1 d - 6371

Prag, den 27. August 1942



Herrn Staatssekretär

Weisungsgemäss lege ich den vom Oberlandrat - Inspekteur des Reichsprotectors in Prag erstatteten Lagebericht für Juli/August 1942 vor .

Im Auftrage :

M. Lising

2./ Bei den tschechisch geleiteten Bezirkshauptmannschaften ist die Tendenz der Behördenleiter, die Verantwortung auf die Leiter der Reichsauftragsverwaltungen abzuwälzen, ganz unverkennbar. Diese Tendenz wird durch das mehr oder weniger starke Bestreben der deutschen Abteilungsleiter, sich in alle Angelegenheiten der autonomen Verwaltung einzuschalten, fraglos gefördert. Hierbei einen Ausgleich in der Richtung zu finden, dass bei voller Einschaltung des deutschen Oberinspektors in die autonomen Angelegenheiten des Bezirkes die Verantwortung ausschliesslich beim tschechischen Behördenleiter bleibt, ist in der Praxis ungeheuer schwierig. Die Tätigkeit der deutschen Abteilungsleiter wird -so wie die Dinge liegen- immer eine Art Aufsichtstätigkeit sein müssen

gern zweifel-
gebung der Ver-
ben die tsche-
tragsverwaltung
tet und sind
ehr mit der
die Behörde
en "Zweiglei-

7

werden. Es darf z.B. nicht passieren, dass -wie dies in Laun geschehen ist- der tschechische Fussballverein eine Sportveranstaltung genehmigt erhält, während gleichzeitig die deutsche Wehrmacht zu Gunsten des Deutschen Roten Kreuzes ein Fussballspiel veranstaltet. -Die Folgen sind in Ziffer II/2. aufgezeigt.-

Dasselbe gilt für Fragen der Kommunalverwaltung, die bei wurde durch Erlass des Ministeriums des Innern am 16.7.1942 bestimmt, dass in Gemeinden unter 3000 Einwohner die Zustimmung des Reichspräsidenten zur Einsetzung von Verwaltungskommissären nicht mehr erforderlich ist, insoweit eine ausschliessliche Zuständigkeit der Landesverwaltung besteht. Sofern nun eine Bezirksbehörde in einer Gemeinde ohne Bedeutung sein, da ohne Weiteres durch die Landesverwaltung, in entsprechender Weise die Aufgaben wahrzunehmen; anders liegen jedoch die Verhältnisse in den tschechisch geleiteten Bezirksbehörden. Infolge der Aufhebung des recht des früheren Oberlandrates, der in der neuen Verwaltung als Abteilungsleiter gezwungen ist, diese Aufgaben zu übernehmen, ist das "Bestimmungsrecht" selbst wahrzunehmen, was die Gefahr einer "Doppelgleisigkeit" oder einer "doppelten Behördenleitung" entsteht, ist nicht zu übersehen. Auch die Gefahr, dass der deutsche Abteilungsleiter in einem Wust von Papier erstickt, da er sich um viel zu viel kümmern muss und ihm von tschechischer Seite viel zu viel vorgelegt wird, ist nicht zu übersehen. Aus all diesen Gründen muss es unser Ziel sein, möglichst alle Bezirkshauptmannschaften unter eine deutsche Spitze zu stellen.

4./ Nach meinen bisherigen Beobachtungen ist die Innenorganisation der Bezirksbehörden nicht zufriedenstellend. Bei Durchsicht der Geschäftsverteilungspläne kam festzustellen, dass die Arbeitsgebiete auf die einzelnen Beamten willkürlich und ohne inneren Zusammenhang verteilt sind. Auf eine möglichst einheitliche Ausrichtung der Verwaltung bei gleichzeitiger Herausgabe neuer Geschäftsverteilungspläne durch die Landesbehörde ist zu achten. Dabei darf ich auch auf die Verzögerung im all

schäftsgang durch das Ein-und Austragen der Post /Index und Protokoll/ hinweisen. Eine allmähliche Anpassung des Verfahrens im autonomen Sektor an das deutsche Verwaltungssystem erscheint mir zur Einsparung von Kräften dringendst

not

Grü

185

änd

5./ Obv

der

wer

die

der

autonomen Bestimmungen

reichische Gesetz aus

mmungen nach fast 90 J

revolutionären Handel

achkenntnisse bei eine

rksbehörde als ausreic

ch immer wieder zu bec

eingehenden Erlässe i

hechische übersetzt we

hte werden von den bet

tschechischer Sprache

Deutsche übertragen zu

Beamte nur mit Ueberse

Grunde erscheint eine

hechischen öffentliche

-auch wenn sie die Pr

ot der Stunde zu sein.

Winer. Machekowitz und

9

II. Politische Fragen

- 1./ Die in meinem letzten Lagebericht ausgesprochene Vermutung, die tschechische Widerstandsbewegung würde sich in dem gleichen Masse versteifen, in dem die Folgen des Ausnahmezustandes in Vergessenheit geraten, scheint sich schon jetzt in gewissem Umfange zu bestätigen.

So konnte vor allem ein nicht unerhebliches Wiederaufleben und eine Zunahme der Flüsterpropaganda und der Gerüchtebildung festgestellt werden, eine Tatsache, die offensichtlich wieder auf ein stärkeres Abhören ausländischer Sender zurückzuführen ist. Diese Gerüchte bewegen sich allerdings durchaus in bekanntem Rahmen; sie kommentieren in der Hauptsache die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen, die Bildung einer zweiten Front, die kriegswirtschaftlichen und militärischen Schwierigkeiten des Reiches u.a.m. Ebenso sind in einer Reihe von Bezirken, wie z.B. in Melnik, die alten Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung wieder aufgetaucht, die in Melnik besonders auf die zzt. stattfindenden Röntgenuntersuchungen, sowie auf die Massnahmen des Bodenamtes zurückzuführen sind.

Da die Urheber dieser Flüsterpropaganda erfahrungsgemäss den Kreisen der Intelligenz angehören, wird es sich empfehlen, vor allem die in den letzten Jahren in den Ruhestand versetzten Beamten, ehem. Offiziere u.dgl., die ein Hauptkontingent der Kaffeehausbesucher stellen, beschleunigt in einen geordneten Arbeitsprozess einzugliedern.

- 2./ Ueberdies zeigt eine Reihe von Einzelfällen, wie z.B.: die Verhaftung mehrerer Bürgermeister oder sonstiger exponierter Persönlichkeiten wegen staatspolizeilicher Umtriebe,
- d
U
F
e
v
r

mit Angehörigen deutscher Behörden und deutscher Dienststellen wenden Protektoratsangehörige den deutschen Gruss an. Aus einem Bericht der Geheimen Staatspolizei -Aussendienststelle- Pilsen über die Aufrollung der Widerstandsbewegung "UVOD" ist als besonders bemerkenswert festzuhalten, dass diese Widerstandsbewegung im Bezirk Pilsen ein bedeutendes Ausmass angenommen und seit Beginn des Jahres 1942 einen grösseren Auftrieb erlebt hat, der auch durch den neuerlichen Ausnahmezustand nicht beeinträchtigt wurde.

Ueber die Weiterentwicklung der Reichsauftragsverwaltung ist folgendes zu berichten:

Von der Zielsetzung am weitesten entfernt sind noch die Bezirksbehörden der sogen. geschäftsführenden Bezirkshauptmänner. Ihnen wird aber jetzt durch den Uebergang einer ganzen Reihe von polizeilichen Aufgaben auf die übrige Reichsauftragsverwaltung eine Entlastung zuteil. Diese Entlastung tritt jedoch bei dem geschäftsführenden Bezirkshauptmann in Pilsen noch nicht ein, weil die Reichsauftragsverwaltung bei der Polizeidirektion Pilsen bisher nicht eingerichtet ist und der Pilsner Bezirkshauptmann daher weiterhin ein "kleiner Oberlandrat" bleiben wird. Er behält neben den fachlichen Sonderaufgaben bis auf weiteres die Bearbeitung sämtlicher polizeilichen Angelegenheiten für den gesamten früheren Oberlandratsbezirk Pilsen. Bisher hat er nicht die Zeit dazu gefunden, die Bezirksbehörde neu zu gliedern, insbesondere aber die Reichsauftragsverwaltung in gewünschter Weise den entsprechenden Teilen der autonomen Verwaltung voranzusetzen. Nicht ganz so ungünstig liegen die Verhältnisse beim geschäftsführenden Bezirkshauptmann in Klattau. Dort hat der Uebergang

rund 1300 Deutsche zu betreuen. Der Regierungsoberinspektor ist zudem nicht nur der Leiter der deutschen Abteilung, sondern vor allem auch der bürokratische Beamte des Bezirkshauptmannes. In Anbetracht der Uebertragung der Ausländerpolizei muss darauf hingewiesen werden, dass sich im Bezirk Strakonitz über 1000 Ausländer aufhalten. Da eine Einstellung von Kräften durch Vermittlung des Arbeitsamtes in Strakonitz nicht möglich ist, muss hier von Prag aus geholfen werden. Herr Generalmajor Reinefarth und Herr Ministerialdirigent Dr. Fuchs haben sich bei ihrer Besichtigungsreise von der ausserordentlichen deutschen Personalnot bei der Bezirksbehörde Strakonitz überzeugt. Gleichwohl hat

Bauwirtschaft bei der Bezirksbehörde, an den eine Reihe von Sendungen vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit direkt adressiert sind, hat in Strakonitz gelegentlich darauf hingewiesen, dass er unmittelbar vom Ministerium eingesetzt worden sei und dass seine Selbständigkeit später noch erhöht werden dürfte. Der Leiter der Strassenbauabteilung hat daran erinnert, dass bis zum Jahre 1928 die Strassenbauabteilung angeblich selbständig war, und erwähnt, dass die Strassenbauabteilung wieder Selbständigkeit erlangen und grosse Bezirke umfassen würde.

Die deutschen Bezirkshauptleute gewinnen mehr und mehr Ueberblick über die Leistungen und die Einstellung der tschechischen Beamtenschaft. So scheidet sich beim Bezirkshauptmann in Klattau langsam der gute Bestand vom unfähigen ab. Inwieweit die Unfähigkeit eines erheblichen Teiles der tschechischen Beamtenschaft auf fehlendes Können oder Wollen zurückzuführen ist, kann jedoch bislang weder im allgemeinen noch im besonderen genau übersehen werden. Den Bezirkshauptmann in Strakonitz hat es bei verschiedenen Dienstbesprechungen überrascht, wie die Beamtenschaft, insbesondere die Referenten, seine Vorschläge, obwohl er Gegenvorschläge herausforderte, ohne weiteres annahm, ohne dazu auf Erfahrungen hinzuweisen, die sie haben muss. Er stellt weiter fest, dass er bisher von der tschechischen Beamtenschaft auch nicht die geringste Anregung erhalten habe. Er sagt über die Referenten, dass sie äusserst unselbständig seien, ständig über die Arbeit klagen, zum Teil auch überarbeitet seien, weil sie es nicht verstehen, die Arbeit ein- und aufzuteilen, keine Verantwortung übernehmen wollen, in Kleinigkeiten flüchten, viel lieber fleissig manuelle, einfache Arbeiten machen, um wenigstens genügend zu tun und darauf hinweisen zu können. Auch die Berichte, die die einzelnen Abteilungen für den monatlichen Verwaltungsbericht der Bezirksbehörde abgeben, sind zu bemängeln. Sie enthalten zum grössten Teil kaum mehr als eine zahlenmässige Uebersicht über erledigte Akten, als ob die Tätigkeit der Referenten nur aus einer Summe von Arbeitsverrichtungen ohne organischen Zusammenhang bestehen würde. Eine Berichterstattung, die gleichzeitig eine Art Selbstkontrolle ist, eine Rechenschaft über die getane Arbeit und ein Plan für die Zukunft, ist den

gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für den B
eine westböhmisches Wohnungsbaugesellschaft, die
Oberlandratsbezirke Pilsen und Klattau umfassen

rechnen, dass das grösste Pilsner Kino Elektra, das bisher
von einem deutschen Treuhänder geleitet wurde, von der Ufa
kommen, entsprechend ausgestaltet und dann auch nur rein
sch geführt wird. Ich unterstütze den Fortgang der Ange-
heit in vollem Umfange.

wirtschaftlichem Gebiet ist zu vermerken, dass die Versor-
Pilsens mit Gemüse leider noch immer sehr zu wünschen übrig
t. Der Oberbürgermeister ist, als vor etwa 3-4 Wochen die


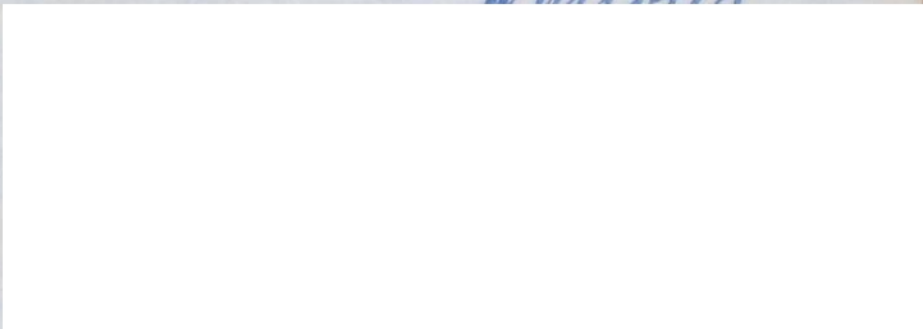
Lage, nachdrücklich
beim Gemüse in Prag
vors in der Woche vom
20.- gung etwas gün-
stige so grossen Mengen
eing aufnehmen konnte
und vor dem Ver-
derbe ne vom 3.8.-8.8.
42 h wieder wesent-

lich verschlechtert. Es sind in dieser Woche in Pilsen im ganzen
6 Waggon Gemüse von auswärts eingetroffen, ausserdem 1 Waggon
Obst. Mindestens die dreifache Menge wäre aber zur klaglosen
Versorgung notwendig. Man hält entgegen, dass die gegenwärtig
ungünstige Zufuhr auf eine saisonmässige Stockung zurückzuführen
sei. Es scheint aber doch die Transportfrage eine Rolle zu
spielen. Dem Oberbürgermeister wurde gemeldet, dass ein Waggon
Karotten, der von Wostromiernach Pilsen unterwegs war, länger
als 8 Tage brauchte und die Karotten in vollkommen verdorbenem
Zustand

Zustand ankamen. Die Schuld scheint bei dem Umschlagplatz in Prag zu liegen und man muss wohl beinahe Sabotage annehmen.

Auch die Versorgung mit Schuhen ist in Pilsen ein sehr ernstes Problem. Das zur Verfügung stehende Kontingent ist so gering, dass auch die begründetsten Ansprüche nicht erfüllt werden können. Im Monat August wurden für je 1000 Einwohner 10 Paar Arbeitsschuhe, 2 Paar Männerschuhe, 3 Paar Frauenschuhe, 1 Paar Kinderschuhe für Kinder bis 17 Jahren bzw. 0,6 Paar für Kleinkinder zugewiesen. In den Monaten Mai bis Mitte Juli mussten insgesamt 21.184 Anträge abgelehnt werden, die an sich begründet waren, für die aber keine Deckung vorhanden war. Dies bedeutet natürlich sehr viel Unzufriedenheit und Kritik an den staatlichen Massnahmen und das in dem so kriegswirtschaftlich wichtigen Zentrum Pilsen. Der Oberbürgermeister hat deshalb bereits einen Antrag auf Sonderzuteilung von Bezugscheinen gestellt und das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit auf die ungünstige Auswirkung dieser Versorgungslage aufmerksam gemacht.

Handwritten signature



f t .

r neuen Verwaltungsgl:

reisbauernschaften oder der Partei über-
ne ist weiter auch dadurch schwieriger
nicht wie dort verlässliche, erfahrene
ne zum Teil hauptamtliche Bürgermeister
zur Verfügung stehen, sondern meist
ne eines Gemeindevorstehers, Regierungs-
sters, deren Ersatz durch bessere
n möglich ist, wird er in keiner Weise

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für den B
und seine Mitarbeiter, noch viel mehr als im F
baren Verkehr mit seinen Gemeindeleitern, aber
denen Gruppen und einzelnen Bewohnern seines Ge
und daher öfter als sonst üblich durch Besicht
und Stelle oder durch Vorladung der Parteien a
Behörde ordnend und verwaltend einzugreifen.

Ohne solche Massnahmen ist eine bessere Führung und Verwaltung der Bezirke - und dies war doch einer der hauptsächlichsten Beweggründe für die Durchführung der neuen Verwaltungsgliederung. undenkbar.

Voraussetzung dafür ist aber wieder, dass die neuen Bezirke räumlich so liegen und abgegrenzt sind, dass sie vom Standpunkt der Raumplanung eine in sich geschlossene Einheit bilden und dass der Sitz der Behörde in diesem Raum so gelegen ist, dass er von allen Orten des Bezirkes möglichst ohne allzugrosse Schwierigkeiten und Zeitverlust erreichbar ist. Diese letzte Forderung zu erfüllen ist gewiss im allgemeinen schwierig, noch schwieriger aber in Gebieten mit dünner Besiedlung und dann, wenn - wie im Falle unserer Neuordnung - die Forderung aufgestellt war, möglichst grosse Verwaltungsbezirke zu schaffen. Dennoch muss auf die örtlichen Gegebenheiten so weit Rücksicht genommen werden, dass hierdurch der eigentliche Zweck, eine schlagkräftige und gute Verwaltung einzurichten, nicht leidet.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet muss gegen die im Raum des NSDAP-Kreises Pilsen getroffene Einteilung der Protektoratsbezirke Einwand erhoben werden und Vorschläge zur Verbesserung der Lage erstattet werden.

1./Der bisherige Verwaltungsbezirk Pschestitz / Gerichtsbezirk Pschestitz und Nepomuk / wurden dem Bezirk Klattau zugeteilt. Es ist zweifellos richtig, dass der Verwaltungsbezirk Pschestitz aufgelöst wurde, dann er war weder der Bevölkerungszahl, noch seiner Steuerleistung nach eine selbstgenügsame Verwaltungseinheit, er war dies aber nicht auch vom raumpolitischen Standpunkt aus betrachtet. Vor allem entsprach auch der Sitz des Bezirkshauptmannes in Pschestitz den oben gestellten Forderungen, möglichst günstig von allen Orten aus erreichbar zu sein, nicht, denn der Gerichtsbezirk Nepomuk hatte mangels entsprechender Verbindungsmöglichkeiten zum Gerichtsbezirk Pschestitz keine Beziehungen dahin und der erwünschte persönlich Kontakt des Bezirkshauptmannes mit den Bewohnern der Gerichtsbezirke Nepomuk konnte daher nie erreicht werden.

Durch die Angliederung des ganzen Verwaltungsbezirkes Pschestitz an den Verwaltungsbezirk Klattau ist dieser schwerwiegende Mangel nicht nur nicht behoben worden, er wurde im Gegenteil vergrössert, denn die räumlich abseitige und verkehrsmässig unmögliche Lage des Gerichtsbezirkes Nepomuk zum Verwaltungsmittelpunkt ist noch schwieriger geworden, denn Klattau ist von allen Gemeindegenden des Gerichtsbezirkes Nepomuk noch viel schwieriger zu erreichen als Pschestitz, da man es nur über Pilsen oder Schüttenhofen erreichen kann. Diese Tatsache ist eine weitere Begründung der Forderung, die Gerichtsbezirke Nepomuk und Pschestitz an den Verwaltungsbezirk Pilsen-Land anzugliedern, mit dem sie allein eine den raumpolitischen Forderungen entsprechende, aber auch steuerlich tragfähige und ausgeglichene Verwaltungseinheit bilden würden.

2./ Der bisherige Verwaltungsbezirk Horschowitz wurde dem Bezirk Beraun, der Bezirk Rokitzan mit dem Gerichtsbezirk Sbirow dem Bezirk Pilsen-Land zugeteilt.

Der Bezirk Horschowitz war schon früher bis 1936 mit dem Bezirk Beraun vereinigt, Die Trennung ist erfolgt, weil sich gezeigt hat, dass trotz der langen Zusammengehörigkeit dieser beiden Bezirke eine in sich geschlossene Verwaltungseinheit aus beiden Bezirken nicht geschaffen werden kann, da jede der beiden Städte Horschowitz und Beraun, für das sie umgehende Gebiet viel zu sehr Verwaltungsmittelpunkt sind, als dass eine verkehrsmässige und wirtschaftliche Ausrichtung aller Gemeinden auf eine der beiden Städte allein möglich wäre. Die notwendige Erfassung und Betreuung einer grösseren Zahl von Orten des Gerichtsbezirkes Horschowitz von Beraun aus wird daher auf grosse Schwierigkeiten stossen und die Verwaltung schwierig gestalten und stark belasten.

Dagegen ist die Angliederung des Gerichtsbezirkes Rokitzan an Pilsen-Land zweifellos unter dem Gesichtspunkt der Schaffung grosser Verwaltungsräume sehr zweckmässig. Die Stadt Rokitzan und ihr unmittelbares Hinterland waren selbst schon immer nach Pilsen ausgerichtet, der nördliche Teil des Rokitzaner Bezirkes mit dem Mittelpunkt Radnitz hat sogar immer mehr Beziehungen zu Pilsen als zu Rokitzan aufgewiesen und das wirtschaftliche Leben und auch das Verkehrswesen waren daher auf Pilsen ausgerichtet.

35-1

35-1

- 5 -

Dieser neue Verwaltungsbezirk Horschowitz hätte ein Ausmass von rund 83.000 ha und rund 60.000 Einwohner.

Der geschäftsführende Bezirkshauptmann für den neuen Verwaltungsbezirk Horschowitz würde der Bezirkshauptmann von Pilsen-Land sein.

Der Gerichtsbezirk Horschowitz müsste wieder wie bisher dem Oberlandrat -Inspekteur unterstellt werden.

Der weitere Vorteil dieser Regelung wäre der, dass der Sprengel des geschäftsführenden Bezirkshauptmann mit dem der Kreisleitung der NSDAP Pilsen ein Einklang gebracht würde und der Kreisleiter von Pilsen nur mit einem geschäftsführenden Bezirkshauptmann und einem Inspekteur zu verhandeln hätte.

Partei und Verwaltungsgrenzen würden wieder einheitlich werden, während sich bisher und noch mehr nach der neuen Verwaltungseinteilung eine Reihe von Grenzüberschreitungen ergeben hatten.

Pilsen, den 27.Juli 1942.



Heil Hitler!

gez. Wollner
Bereichsleiter M.d.R.

57070

Anders liegen die Verhältnisse im Gerichtsbezirk Sbirow. Es handelt sich hier um ein Gebiet, welches zum überwiegenden Teil von Kleinlandwirten und Industriearbeitern bewohnt wird, die als Häusler die Langgemeinden bevölkern. Soweit diese Arbeiter nicht Beschäftigung in den wenigen kleineren Industrien ihres Bezirkes finden, suchen sie vorwiegend ihre Arbeit im angrenzenden Horschowitzer Bezirk. Auch die Landwirtschaft des Bezirkes Sbirow hat starke Bindungen nach dem Bezirk Horschowitz. Bedingt ist dies durch die verhältnismässig günstigen Strassenverbindungen nach Horschowitz und durch die Nähe dieser Stadt, die bis 1896 auch für den Bezirk Sbirow Verwaltungsmittelpunkt war. Zweifellos bilden die Höhen, die ungefähr an der Grenze der Gerichtsbezirke Rokitzan und Sbirow als Ausläufer des Kammwaldes nach Norden streichen, eine natürliche Grenze, die es verhindert hat, dass der Gerichtsbezirk Sbirow in 50-jähriger Zugehörigkeit zum Bezirk Rokitzan festere Bindungen zu diesem erhalten hat. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen kann der Schluss gezogen werden, dass ein Zusammenschluss der Gerichtsbezirke Horschowitz mit Sbirow zu einem Verwaltungsbezirk Horschowitz eine ideale Verwaltungseinheit schaffen würde, die allen oben gestellten Forderungen entsprechen würde und auch finanziell stark genug wäre, um ihren Selbstverwaltungsaufgaben gewachsen zu sein.

Zusammenfassung:

87070

Die vorstehenden Feststellungen lassen es im Interesse einer schlagkräftigen und guten Verwaltung zweckmässig erscheinen, folgende

ad 1./ A
den Verw
hätte ei
rund 140
ad 2./ A
zirk Pfl
tungsbez
Horschow

stelle Blatna der Bezirksbehörde Strakonitz zur Auflösung gelangen, sodaß dann nur die Außenstellen Senftenberg, Chotieborsh, Mühlhausen und Kamnitz verbleiben, die wegen der besonderen Verhältnisse in den betreffenden Bezirken noch auf längere Zeit bestehen bleiben müssen.

II. Verhältnis der Oberlandräte zu den Landesvizepräsidenten.

Das Verhältnis zwischen den Landesvizepräsidenten und den Oberlandräten bietet, wie nicht anders zu erwarten war, in der ersten Zeit des Überganges gewisse Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen und auch überwunden werden können, wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist, auch in dieser Richtung der Verwaltungsreform im Sinne ihres Schöpfers zum vollen Erfolge zu verhelfen. Die Dinge liegen zweifellos in Böhmen schwieriger als in Mähren angesichts der starken Aktivität und des erheblichen Schaffensdranges der böhmischen Oberlandräte, die, als Leiter größerer Behörden seit Jahren an entscheidendes Handeln gewöhnt, sich verständlicherweise nur schwer damit abfinden, in den enger gezogenen Grenzen ihrer jetzigen Tätigkeit sich zu halten. Der entscheidende Punkt ist das den Oberlandräten genomme unmittelbare Anweisungsrecht an die Behörden der autonomen Verwaltung. Es ließe sich eine Fülle von Beispielen nennen, die zeigen, daß die Oberlandräte entgegen den Bestimmungen anweisend in Einzelangelegenheiten der autonomen Verwaltung eingreifen und sich oft darauf bereits Mißverständnisse und eine gewisse Unsicherheit bei den unteren Verwaltungsinstanzen entwickelt haben. Ich verweise auf den Bericht des Oberlandrats Prag, Frhr. von Watter, vom 10.7.1942, der offen und klar auf diese Dinge hingewiesen und dargelegt hat, daß sich durch die Einrichtung der Inspektoren wiederum eine Doppelgleisigkeit in der Verwaltung zu entwickeln droht, obwohl gerade sie durch die Verwaltungsreform ausgeschaltet werden sollte. Ich sehe die Schwierigkeiten, die Oberlandrat von Watter aufgezeigt hat ebenfalls, bin aber überzeugt, dass sie sich vermeiden lassen, wenn die Oberlandräte ihre Aufgabe richtig auffassen und sich auf ihre Inspektuertätigkeit beschränken

entsprechenden personellen Ausgleiches die Sonderaufgaben der geschäftsführenden Bezirkshauptleute soweit als möglich abgebaut werden.

Meines Erachtens könnte die Ausstellung von Pässen überhaupt und die Ausstellung von Durchlaßscheinen an Protektoratsangehörige sehr bald den Reichsauftragsverwaltungen überlassen werden. Die Treibstoffbewirtschaftung müßte auf weiteres verbleiben. Eine gewisse Bedeutung ersehe ich für die geschäftsführenden Bezirkshauptmänner als Aufnahmestellen von deutschen Fachbeamten/Medizinalbeamten, Veterinärbeamten u. dergl./deren Bestreben zur Bildung von gesonderten Behörden entgegenzutreten wäre.

Bereits in meinem Vorbericht habe ich angeführt, daß die Verteilung der deutschen Kräfte auf die einzelnen Reichsauftragsverwaltungen sehr ungleich ist. Der Reichsauftragsverwaltung in Göding, einer Bezirkshauptmannschaft mit 130.000 Einwohnern, darunter etwa 15-1700 Deutschen, wurden 1 Regierungsoberinspektor, 1 männlicher Angestellter, der wegen mangelnder Eignung für den Verwaltungsdienst im technischen Dienst beschäftigt werden muß, sowie 2 weibliche Angestellte überwiesen. Demgegenüber verfügt die Reichsauftragsverwaltung in Gaya, einer Bezirkshauptmannschaft von noch nicht 60.000 Einwohnern, darunter noch nicht 200 Deutschen, über 1 Regierungsoberinspektor, 2 männliche und 1 weibliche Angestellte, tüchtige Kräfte, die zurzeit größtenteils brach liegen und auch bei Übertragung von weiteren Aufgaben zunächst noch nicht voll ausgenutzt werden. Hier wäre ein personeller Ausgleich notwendig, zu dem ich allerdings den Oberlandrat zu hören bitte. Ich möchte übrigens auch anführen, daß der Oberbürgermeister der Stadt Brünn genötigt war, eine Reihe von Beamten seiner eigenen Verwaltung zur Bewältigung der Aufgaben der Reichsauftragsverwaltung dorthin abzuordnen. Daß die Entsendung deutscher Beamter und Angestellter in kleine Orte mit ganz überwiegend tschechischer Bevölkerung schwer ertragen wird, war vorauszusehen. Es gibt beinahe nur 2 Möglichkeiten: es gefällt den Leuten zu gut oder sie fühlen sich sehr unglücklich. Insbesondere leiden die weiblichen Angestellten unter diesen Verhältnissen. Der Bezirkshauptmann

Sicherheitsdienst Rf //

SD-Leitabschnitt Prag

III A

SA 169

Prag-Bubentfch, der
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

E i l t s e h

An den

Herrn Staatssekret
beim Reichsprotokoll
H-Gruppenführer K.

P r a g.
Czernin-Palais.

Betr.: Verwaltungs-
stimmungsma

Vorg.: Zuletzt hier

Die stimmun
umbaus in Böhmen u
jeder Neuregelung
etwas Abstand gew
gekennzeichnet werden, daß er in seiner grundsätzlichen
Linie als richtig empfunden und deshalb zustimmend auf-
genommen wurde. Soweit Stimmen der Kritik laut wurden,
bezogen sie sich meist auf Einzelfragen:

Die deutsche Bevölkerung hatte zwar verschiedent-
lich erwartet, daß nach dem Attentat auf H-Obergruppen-
führer Heydrich die Autonomie völlig aufgehoben und damit
auch der geplante Verwaltungsumbau hinfällig werden würde.
Der Umbau selbst wurde von ihr im grundsätzlichen begrüßt,
weil man erkannte, daß er eine Gelegenheit zum Einbruch
in die tschechischen Positionen bei der autonomen Verwal-
tung gab. Vor allem sieht man in der Möglichkeit, Deutsche
in die autonome Verwaltung einzubauen, ein Mittel zur
Stärkung des Deutschtums "auf dem flachen Lande". Es
wurden allerdings auch Stimmen laut, die den früheren

b.w.

Zustand wieder herbeiwünschten, wo vom Oberlandrat alle die Deutschen betreffenden Angelegenheiten zentral bearbeitet wurden, und die bedauerten, daß jetzt im Gegensatz zu früher ein Repräsentant der Reichsgewalt, wie ihn der Oberlandrat darstellte, fehle.

Unter den deutschen Beamten wurde der Verwaltungs-umbau in seiner Grundsätzlichkeit ebenfalls als eine vorteilhafte und zu begrüßende Maßnahme beurteilt, die jedoch nicht konsequent durchgeführt worden sei. Statt der geplanten Personaleinschränkung sei kein Personal eingespart worden,

die Reorganisierung der
Schwierigkeiten stoßen
ständliche und schwerfä
Beamten. Dieses ziemlich
Beamten wird nicht zule
chischen Beamtenapparat
rückzuführen sein.

64

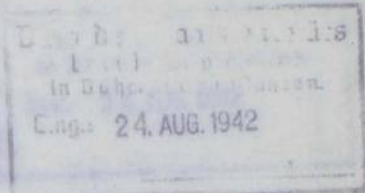
Auch in dem rein äußerlichen Auftreten der tschechischen Beamten zeigte sich, daß noch eine große Erziehungsarbeit zu leisten sein wird, bevor sie als einigermaßen gleichwertig mit den deutschen Beamten angesehen werden können. Ein deutscher Bezirkshauptmann sah sich z.B. gezwungen, die ihm unterstellten tschechischen Beamten darauf hinzuweisen, daß sie stets mit reinen Fingernägeln, rasiert und mit sauberer Wäsche angezogen zum Dienste zu erscheinen hätten. Ebenso mußte bei Erledigung der den tschechischen Beamten übertragenen Arbeiten eine ziemliche "Schlampigkeit" in der äußeren Form festgestellt werden.

Der innere Geschäftsbetrieb bei den autonomen Ämtern wurde gleichfalls als änderungsbedürftig hingestellt, insbesondere in der Behandlung des Postein- und -ausganges, der Aktenhaltung und des Dienstbriefmarkenklebens. Allerdings wurden auch Stimmen laut, die sich für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, vor allem bezüglich der Bearbeitung der Post, aussprachen, weil damit die Gewähr gegeben sei, daß den Tschechen unliebdame Vorgänge nicht einfach verschwinden können. Weiter wurde noch ausgestellt, daß von den tschechischen Beamten in zu großem Umfange noch vieles selbst geschrieben und wenig diktiert würde, außerdem nur wenige von den weiblichen Hilfskräften Stenografie beherrschen.

Auf Grund des bisher in den Geschäftsbetrieb der autonomen Verwaltung gewonnenen Einblickes wird angenommen, daß der Personalstand zu hoch und deshalb vermindert werden könne, vor allem, wenn man berücksichtige, daß er noch mit abgewanderten Beamten aus dem Sudetengau, der Slowakei und der Karpatho-Ukraine sowie mit Angehörigen der ehemaligen tschechoslowakischen Armee und der aufgelösten Finanzwache übersetzt wurde. Ferner würden sich noch Einsparungen ermöglichen lassen, wenn die deutschen Sprachkenntnisse der tschechischen Beamten weiter gediehen seien. Zur Zeit wirke sich die Einführung der deutschen Sprache in großem Umfange bei den autonomen Ämtern

b.w.

69
Prag-Bubentfch, den 22. August 1942.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444



1.) An den

Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
1/4-Gruppenführer K.H. F r a n k,

P r a g.

2.) An den

Herrn Generalinspekteur der Verwaltung
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
1/4-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei
R e i n e f a r t h,

P r a g.

Betr.: Verwaltungsumbau in Böhmen und Mähren -
Diskussionen über die Oberlandräte (Inspektore
des Reichsprotectors).

Vorg.: Hier L - SA 169 vom 8.8.1942.

Bei den durch den Verwaltungsumbau aufgetauchten Fragen wird weiterhin die Einrichtung der Oberlandräte (Inspektore des Reichsprotectors) lebhaft diskutiert. Dabei wird einmal die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Institution überhaupt besprochen, wobei für das Weiterbestehen der Oberlandräte vor allem angeführt wird, daß sie jetzt noch die einzigen Repräsentanten einer einheitlichen Reichsgewalt "draußen auf dem Lande" seien und deshalb einen Ausgleich gegen die Separationstendenzen der Sonderverwaltungen bilden könnten, außerdem auch die Verbindung mit den übrigen Dienststellen von Partei, Staat und Wehrmacht zu halten und ein Bindeglied zwischen den Bezirksbehörden und den Zentralinstanzen (Ministerien, Landesbehörden)

b.w.

TA-29 a/42

Sicherheitsdienst RfH
SD-Leitabschnitt Prag

L - PA 1837

70
Prag-Bubentfch, 22. August 1942
Sachlenweg
Fernsprecher 77444

Das ist ein Dokument
des Reichsprotectorats
in Böhmen und Mähren.
Eing. 24. AUG. 1942

3826/42

G e h e i m !

An den
Herrn Staatssekretär beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren,
44-Gruppenführer K.H. Frank,
P r a g

26.8.
4

26. AUG. 1942

Betr.: N a u d é , Horst, Ministerialrat,
geb. 5.9.1905 in Berlin
Landesvizepräsident

Vorg.: Befehlener

Anlässlich einer Besprechung der
Behörden am 8.7.1942 wurden
Äußerungen im Beisein der
Beamten auf. So bedauerte
des tschechischen Reichsprotectorats
Kopfbogen und der

e von Bezirks-
sch unangebrachte
über deutschen
itz in Gegenwart
Ausführung der
hsauftragsver-

40a

peinliche Gespräch mit der Bemerkung beenden wollte, daß er in seinem Zimmer die nötigen Unterlagen habe und sich der Fall dort leichter aufklären ließe, wurde er darauf hingewiesen, daß dieser Einwand eine Taktlosigkeit gegenüber dem tschechischen Bezirkshauptmann gewesen sei.

Später wurde der Leiter der Reichsauftragsverwaltung von dem Landesvizepräsidenten nach dem Arbeitsanfall gefragt. Als der Landesvizepräsident auf den großen Publikumsverkehr aufmerksam gemacht wurde, meinte dieser wieder in Gegenwart des tschechischen Bezirkshauptmannes: "Was gehen Sie die Tschechen an, Sie sind keine Beschwerdeinstanz für die Bezirksbehörde." Dann habe der Landesvizepräsident noch die Weisung gegeben, sofort dafür zu sorgen, daß die deutsche Gendarmerie die Räume der Bezirksbehörde freigebe. Aufmerksam gemacht, daß das Hereinnehmen der deutschen Gendarmerie in die Bezirksbehörde zur Sicherstellung einer guten Zusammenarbeit die erste Maßnahme der RA darstellte und dann diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werden müßte, erklärte der Landesvizepräsident wörtlich: "Da geben Sie sich keine Mühe, diese Herren sind schon von uns abgerückt und das werden Sie nicht ändern. Sorgen Sie dafür, daß die Gendarmerie hier herauskommt." Der Bezirkshauptmann stand dabei in Hörweite.

Nachteilig wurde von den deutschen Beamten bei diesem Besuch vor allem auch bemerkt, daß der Landesvizepräsident kein einziges anerkennendes Wort für die Reichsauftragsverwaltung übrig hatte.

07038



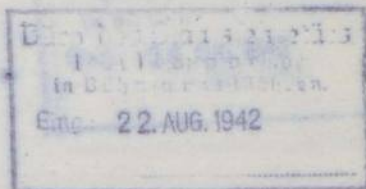
Swaly
44-Sturmbannführer

Der Oberlandrat
-Inspekteur d.Reichsprotectors-

Budweis, den 20. August 1942

71

V e r t r a u l i c h !



An den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren
in P r a g e .

Betrifft: Verwaltungsreform
Bezug: Ohne Erlass.

Die Erfahrungen, welche seit Inkrafttreten der Verwaltungsneuordnung inzwischen gemacht worden sind, veranlassen mich, zu einzelnen Grundproblemen Stellung zu nehmen.

- I. Verlagerung von Aufgaben der geschäftsführenden Bezirkshauptmänner - Reichsauftragsverwaltung - auf die Reichsauftragsverwaltungen bei den übrigen Bezirksbehörden.

Bei der Bildung der geschäftsführenden Bezirksbehörden war man davon ausgegangen, dass die zu den bisherigen Oberlandratsämtern gehörenden Fachverwaltungen aus organisatorischen Gründen bei einer Dienststelle zusammengefasst und einzelne Sachgebiete der inneren Verwaltung wegen ihrer politischen oder kriegswirtschaftlichen Bedeutung

verwaltungen würde sich infolge eines dadurch bedingten erhöhten Personalaufwandes unrentabel gestalten, auch würde die erforderliche Einheitlichkeit in der Bearbeitung der betreffenden Angelegenheiten darunter leiden. Anders verhält es sich aber mit einzelnen Sachgebieten, welche im Rahmen der inneren Verwaltung den geschäftsführenden Bezirkshauptmännern übertragen worden sind. Hier könnte meines Erachtens noch mehr als bisher eine Verlagerung auf die übrigen Reichsauftragsverwaltungen erfolgen. Seit dem 1. August 1942 gehören bereits die Ausstellung der Kennkarten und Durchlassscheine sowie die Bearbeitung der Taubenhaltung zur Zuständigkeit der Bezirkshauptmänner, Reichsauftragsverwaltung. Von der Verlagerung weiterer Sachgebiete soll vorläufig abgesehen werden. Nach meinen Feststellungen könnten aber die übrigen Reichsauftragsverwaltungen auch das Passwesen, die Erteilung von Sichtvermerken und die Angelegenheiten der Waffen- und Sprengstoffpolizei übernehmen, ohne dass die ordnungsmässige und den Sicherheitsbestimmungen entsprechende Erledigung dieser Aufgabengebiete gefährdet ist. Ich darf darauf hinweisen, dass die büroleitenden Inspektoren bei den Reichsauftragsverwaltungen Beamte sind, welche im Protektorat Erfahrungen gesammelt haben und mit den besonderen Verhältnissen von Böhmen und Mähren vertraut sind. Sie werden daher die erforderliche Vorsicht bei der Erledigung von Angelegenheiten polizeilicher und politischer Art beobachten. Der Vorteil einer Verlagerung dieser Aufgabengebiete auf die übrigen Reichsauftragsverwaltungen besteht in einer Zeitersparnis und Vereinfachung des gesamten Geschäftsganges. Auch das Standesamtswesen kann, ohne dass irgendwie eine Schädigung öffentlicher Interessen eintritt, den einzelnen Reichsauftragsverwaltungen übertragen werden. Bei jeder Reichsauftragsverwaltung wäre ein Beamter zu bestimmen, der die Standesamtsangelegenheiten nach vorheriger Schulung übernimmt.

II. Heranziehung von Protektoratsbediensteten zu den Aufgaben der Reichsauftragsverwaltungen.

Diese Frage berührt Sinn und Zweck der Reichs-

die Reichsauftragsverwa
, weil man es aus allg
raus für unbedingt not
die deutsches Lebensi
chen Bediensteten in e
en werden können. Zieh
oratsbedienstete als P
arbeiter zur Erledigun
sverwaltungen heran, s

gegen einander,
scher Volkszugehörig
der Reichsauftragsver
mitwirken. Voraussetz
Protektoratsbedienst
sind. Tschechische Be
weise heranziehen, so
Arbeiten handelt und
vertrauliche oder gel

geschaltet ist. Ich empfehle daher, lediglich den deutschen Bezirkshauptmännern und nicht etwa auch den Leitern der Reichsauftragsverwaltung in tschechisch geleiteten Bezirksbehörden die Ermächtigung zu geben, deutsche Protektoratsbedienstete, soweit sie politisch zuverlässig sind, im Rahmen der Reichsauftragsverwaltung zu beschäftigen und tschechische Bedienstete, wenn es sich um die vorher erwähnten Arbeiten handelt, als Hilfskräfte gelegentlich heranzuziehen.

III. Reform der autonomen Verwaltung.

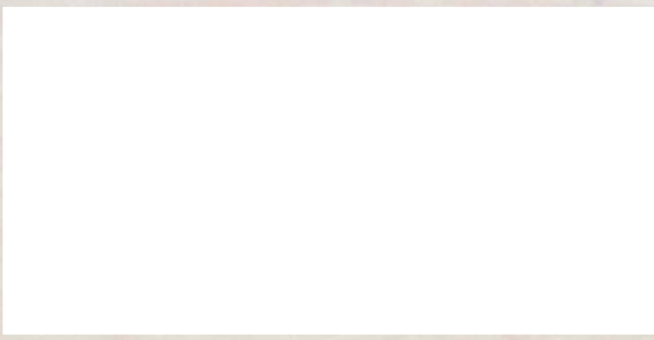
Die autonome Verwaltung weist zwar manche Vorzüge gegenüber der Reichsverwaltung auf. So ist insbesondere die Einheitlichkeit der Verwaltung in ihr viel stärker gewahrt als im Behördenaufbau des Reiches. Trotzdem ist die autonome Verwaltung in vieler Beziehung reformbedürftig. Fast alle Protektoratsbehörden haben den Mangel, dass sie in vielen Fällen Bedienstete nicht entsprechend ihrer Vorbildung beschäftigen. So werden akademische Beamte zu Aufgaben herangezogen, welche in der deutschen Verwaltung von Inspektoren oder Sekretären erledigt werden. Hier muss ein grundlegender Wandel geschaffen werden. Eine Ueberprüfung sämtlicher Aufgabengebiete ist nach der Richtung erforderlich, ob sie unbedingt von höheren Beamten wahrgenommen werden müssen oder nicht auch von Beamten des mittleren bzw. gehobenen Dienstes erledigt werden können. Denjenigen Konzeptsbeamten, welche nicht in der Lage sind, das Aufgabengebiet eines höheren Beamten zu erledigen, sind die bisherigen Rechte abzuerkennen und es ist ihnen anheimzustellen, als Beamte des mittleren oder gehobenen Dienstes in der Verwaltung zu bleiben. Im übrigen ist den Konzeptsbeamten eine grössere Selbständigkeit zu geben, damit der Leiter der Behörde wirklich nur die wichtigsten Angelegenheiten selbst zu erledigen braucht. Ausserdem ist der langwierige Schriftverkehr zwischen den einzelnen Abteilungen bei den Protektoratsbehörden abzustellen, da vieles mündlich oder telefonisch geregelt werden kann.

Ferner wären die Bezirksbehörden insoweit zu entlasten, als sie diejenigen Sachen an die Gemeinden abgeben, welche in analoger Anwendung der Bestimmungen der deutschen Gemeindeordnung zum Aufgabengebiet einer Gemeinde gehören. Der Bürgermeister einer Protektoratsgemeinde seiner gesamten Tätigkeit zu stark dadurch ein, dass er für Massnahmen der verschiedensten Art die Zustimmung des Bezirkshauptmannes bedarf. Die Aufgabe ist, dass ein eigenes kommunales Leben der Gemeinde sich entwickeln kann. Die Kommunalaufsicht ist in deutschem Muster umzugestalten. Voraussetzung ist das Vorhandensein von leistungsfähigen Gemeinden oder Gemeindeverbänden. Zwerggemeinden können selbst verwaltet werden. Sie sind daher aufzulösen und zu grösseren Gemeinden bzw. zu Gemeindeverbänden zu vereinigen.



[Handwritten signature]

R.A.V. *[Handwritten notes]*



145a

[Faint, mostly illegible handwritten text in blue ink, possibly a letter or report.]

[A large block of very faint, illegible handwritten text, possibly a list or detailed notes.]



07033

V.A.R.
12/2/52

[Faint handwritten notes or signatures at the bottom left of the page.]

[Large area of very faint, illegible handwritten text at the bottom of the page, possibly bleed-through or a second page.]

Aufgaben 9. OLRJ:

Lehrbuch der Dampfmaschinen

78

Die Aufgabenstellungen bei der Kaugelation
Landwirtschaft, Forst, Arbeit
Landwirtschaft - Maschinenbau.
Alle sieben Stunden zum Teilhänd
Arbeitstag beim Gefäßmaschinenbau. Hygiene.

Naile (8/9)
D. Bericht

Wartungsbericht 2 OLRJ

...
...
gleichig!

...
...
Lotto: Wlo

78a

[Faint, illegible handwriting in blue ink]

[Red stamp or handwritten text, partially obscured]



Aufgaben.

12
79

Denkmalarbeiten:

Grundausprägungen.

Philosophiegeschichte.

Philosophiegeschichte! - (H.J.)

Bildungsaufgaben (Theater, Kunst etc.) ^{film - Literatur!}

Lehrpläne d. Deutschen Geschichtswissenschaft (M. und W. etc.)

Lehrpläne Geographie.

Lehrpläne Mathematik (Lehrpläne etc.)

Zusammenarbeit m. d. Preisrichter!

24. 12. 1912 - am 2. Dec. 1912
Kasse Ram. d. für Vorw. Pöbner - 1

~~80A~~

~~Handwritten text, possibly a list or notes, crossed out with a red line.~~

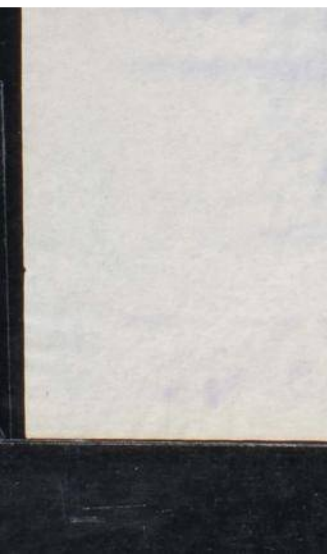
Handwritten text on the left side of the page, partially obscured by a white rectangular block.

84
20.50
Prag, den 20. August 1942.

R-Prot.No 1589

FS:

An Herrn
kom. Oberlandrat Heß,



ganzheitliche Konzeption
des Wirtschaftswissenschaften, Wirtschafts
in Wirtschafts e OLR - Wirtschaft
ganzheitliche Details: Wirtschaft - Wirtschaft -

OLR 86

OLR - I. f. Landwirtschaft
e OLR - OLR. Wirtschaft

[Faint, illegible handwriting]

[Faint handwriting, possibly "outlet to..."]

[Faint handwriting]

[Faint handwriting]

labst.

[Faint handwriting]

[Faint handwriting]

OLP

[Faint handwriting]

87a

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

12021

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]



zeigt aber das Bild, daß die einzelnen Hauptabteilungen sehr selbständig dastehen und durch die Zwischenschiebung des Präsidiums stark vom Präsidenten entfernt sind, der auch seinerseits im wesentlichen nur das Präsidium als eine eigene engere Behörde betrachtet. Der Verkehr zwischen den Abteilungen und dem Präsidium ist im allgemeinen der schriftliche, er läuft durch die Auslaufs- und Eingangsprotokolle.

Im Präsidium werden nach dem vorliegenden Geschäftsverteilungsplan eine ausserordentlich grosse Zahl von Fachfragen behandelt, die eigentlich in die Zuständigkeit der Fachabteilungen gehören. Das Präsidium hat sich aus sämtlichen Hauptabteilungen die wichtigsten Gegenstände herausgenommen und zur selbständigen Bearbeitung im Präsidium vorbehalten. Damit ist die Verantwortlichkeit im Gegenstand geteilt und keine klare Lösung erreicht. Interessant ist dabei noch, daß der Hauptsachbearbeiter im Präsidium der frühere tschechische Präsidialchef ist, in dessen Sachgebiet, nach dem gedruckten Geschäftsverteilungsplan, auch politisch wichtigste Dinge enthalten sind.

Es wird bei der künftigen Organisation der Landesbehörde notwendig sein, daß im Präsidium nur die wirklich zentralen Angelegenheiten bearbeitet werden. Im übrigen eine Verlagerung der Fachaufgaben in die Hauptabteilungen stattfindet, die damit klar für ihr Fachgebiet verantwortlich gemacht werden und als bereite Berater des Präsidenten in ihren Fachangelegenheiten zu gelten haben. Notwendig braucht der Landespräsident selbst einen persönlichen Referenten, um ihm die Ausführung seiner Geschäfte zu erleichtern.

Bezüglich der Oberlandräte ist der Landesvizepräsident in Brünn der Auffassung, daß sie organisch unnötig wären und wenn ein Inspektor notwendig wäre, dieser nur als Inspektor des Landespräsidenten eingesetzt werden könnte.

Die Einfügung von Oberregierungsrat Hoffmann in die Landesbehörde habe Schwierigkeiten mit sich gebracht, die sich möglicherweise durch die Bestellung von Hoffmann zum stellvertretenden Landesvizepräsidenten beheben lassen könnten. Sollten sie sich nicht beheben lassen, so muß an eine Versetzung Hoffmanns gedacht werden, wobei als Ersatz für Hoffmann nur ein Beamter in Frage kommen kann. der eine lang-

diesen mindestens noch eine Schreibkraft (z.B. Strakonitz, Mährisch-Weißkirchen). Derartige Schreibkräfte sind in Orten mit geringer deutscher Bevölkerung sehr schwer zu erhalten. Eine zentrale Zuweisung ist daher. Andererseits wird darüber geklagt (Friedek), Landesbehörde die Genehmigung der Einstellung solcher Angestellter vorbehalten habe, um eventuelle Kräfte in der Landesbehörde zu verwenden. Weiter geklagt, daß einzelne Angestellte, die in Bezugs notwendig gebraucht werden, zur Landesbehörde

Die deutschen Abteilungen können aber mehr Aufgaben übernehmen von den geschäftsführenden Bezirkshauptmännern. Dadurch würde das Personal der deutschen Abteilungen besser ausgelastet und die stark eingespannten geschäftsführenden Bezirkshauptmänner entlastet. Nur bei den einfachen Bezirkshauptmännern, die mit deutschem Personal weniger gut ausgestattet sind, wird die Übernahme weiterer Aufgaben von den geschäftsführenden Bezirkshauptmännern da und dort auf Schwierigkeiten stossen. Die Städte mit eigenem Statut mit Reichsauftragsverwaltung hätten gerne noch mehr deutsches Personal zugewiesen erhalten. Bei ihnen ist insbesondere der Wunsch nach Zuweisung von mehreren Zuständigkeiten von dem geschäftsführenden Bezirkshauptmann; insbesondere wird gewünscht die Zuständigkeit bei der Vergabe von jüdischen Wohnungen, Zuständigkeit bei Grundstückankaufsangelegenheiten, ferner die Zuständigkeit in der Benzinverteilung, wobei die letztere eventuell auf die Polizeidirektion zu verlagern wäre.

Bezüglich des Geschäftseinganges in der Reichsauftragsverwaltung: Die Post wird schon bei der Postanstalt getrennt nach der für die RAV bestimmten Post. Es ist deshalb ~~nicht~~ dringend erforderlich, daß bei ^{der von} den oberen Behörden an die Bezirkshauptmänner- RAV abgehenden Post auch auf den Umschlägen das Wort "Reichsauftragsverwaltung" genau vermerkt wird. Der Dienstweg über die Landesbehörde-RAV hat sich noch nicht genügend eingespielt. Die Städte mit eigenem Statut- RAV haben einzelne Runderlasse der Landesbehörde-RAV nicht erhalten, andererseits hat die Landesbehörde Abdrucke von Erlassen des Reichsprotectors, die für die Bezirkshauptmänner bestimmt waren, ~~nicht~~ sämtliche an die geschäftsführenden Bezirkshauptmänner geschickt in der Annahme, daß diese sie weiter an die übrigen Bezirkshauptmänner-RAV weitersenden sollen. Dies ist nicht zweckmässig. Der geschäftsführende Bezirkshauptmann ist nicht Zwischeninstanz. Teilweise waren auch Erlasse./.

des Reichsprotectors überhaupt noch nicht bei den Bezirkshauptmännern eingegangen, obgleich schon längere Zeit seit der Ausgabe der Erlasse verstrichen war.

5.) Die räumliche Unterbringung der deutsch geleiteten Bezirksbehörden: Infolge des Zuwachses an deutschem Personal und an manchen Orten infolge von Zusammenlegung von Bezirken sehr schwierig, bislang in 2 - 3 Gebäuden untergebracht. Die Bezirkshauptmänner streben eine einheitliche geschlossene Unterbringung an, zumindest eine geschlossene Unterbringung der allgemeinen inneren autonomen Verwaltung und der deutschen Abteilungen, während die Fachabteilungen (Bau, Strassen, Medizin, Veterinär) zur Not auch in einem anderen Gebäude untergebracht werden können. Teilweise ist der Bezirkshauptmann mitten in der deutschen Abteilung untergebracht, während der autonome Teil der Behörde völlig unter sich bleibt. Teilweise ist (Littau, Strakonitz) das Vorzimmer des Bezirkshauptmanns mit einer deutschen Schreibkraft und weiteren tschechischen Kräften besetzt.

Die Unterbringung der tschechischen Kräfte der Bezirksbehörden ist meist eine sehr beengte.

6.) Organisation der Bezirksbehörden:

a) In Mähren ist von der Landesbehörde an die Bezirkshauptmänner der Entwurf eines Geschäftsverteilungsplanes der Bezirksbehörden zur Stellungnahme zugegangen. In den gleichen Tagen ist ebenfalls von der Landesbehörde den Bezirkshauptmännern der Erlaß des Reichsprotectors vom 18.7.1.J. über den Stellenplan zur Kenntnis zugegangen. Beide Erlasse decken sich in ihren Zielen nicht vollständig, eine Abstimmung ist in dieser Richtung noch erforderlich. (ist bereits eingeleitet).

b) Deutsch geleitete Bezirkshauptmannschaften.

Die deutschen Bezirkshauptmänner haben sich mit der Organisation ihrer Behörde befasst. Sie streben alle eine Verbindung der RAV mit der autonomen Verwaltung in der Form an, daß die Reichsauftragsangelegenheiten durch Deutsche geleitet werden, denen gleichzeitig auch die Leitung der entsprechenden autonomen Angelegenheiten obliegt. Das ist in Littau schon ganz ordentlich durchgeführt, in Budweis und

in Königgrätz sehr gut planmässig vorbereitet. Im übrigen sind die Pläne in Vorbereitung. Schwierigkeiten für die Durchführung bereiten hier nur noch die räumliche Unterbringung und die infolge der Zusammenlegung der Bezirke notwendige Zusammenschweissung der Bezirksbehörden. Die Verzahnung ist allerdings nicht überall möglich, insbesondere da nicht, wo der deutsche Bezirkshauptmann zu wenig deutsches Personal zur Verfügung hat. Dort wird er nicht auf eine Verzahnung zusteuern können, sondern auf eine scharfe Trennung und Zusammenfassung der wenigen deutschen Kräfte in der deutschen Abteilung. Man wird deshalb jede Bezirksbehörde bezüglich der Organisation besonders behandeln müssen. Nach Durchführung einer Organisation wird sich der Bezirkshauptmann dann auch restlos als Herr der gesamten Behörde fühlen, während bisher noch da und dort der Eindruck bestand, daß der Bezirkshauptmann sich mehr als der Chef der deutschen Abteilung fühlte und den autonomen Teil als einen gewissen Fremdkörper und notwendiges Anhängsel ansah.

c) Bei den Bezirksbehörden, die nur eine deutsche Abteilung haben, handelt es sich in erster Linie um die straffe Zusammenfassung der deutschen Abteilung, die allgemeinen Organisationsprobleme der Gesamtbehörde treten hierbei zunächst in den Hintergrund.

d) Ein besonderes Problem stellt die Einflußsicherung auf den autonomen Geschäftsteil dar: besonders schwierig für die Leiter der deutschen Abteilungen, aber auch vorhanden für die deutschen Bezirkshauptmänner. Dabei handelt es sich zunächst um die Sicherung der Kenntnis des gesamten Posteingangs (Reichsauftragsteil und autonomer Teil) durch Deutsche. Es muß gewährleistet sein, dass der Leiter der deutschen Abteilung und der deutsche Bezirkshauptmann alle die Eingänge zu Gesicht bekommt, deren Kenntnis für sie von Bedeutung ist. Darnach sind die Fragen der Postabholung, Postdurchsicht, Postverteilung, bei deutschen Abteilungen noch Sicherstellung der Kenntnisnahme der an den Bezirkshauptmann persönlich eingehenden Post, genau zu prüfen.

g) Geheimsachenverkehr bei der RAV: Zum Teil fehlen noch Panzerschränke (Neustadt z.B.) . Bei den vorhandenen Panzerschließern noch nicht abgeändert. Die Panzerschlüssel ist nicht überall geordnet. Bei der G-Sachen, Mappen, Stenogramme, Kohlen, Karten, etc. deren Vernichtung ergab an einigen Stellen. Die Aufbewahrung von Legitimationspapieren, ist teilweise in gewöhnlichen Tischen.

Landwirtschaftliche Organisation.

Bei den geschäftsführenden Bezirkshauptmännern wird darüber geklagt, dass von Seiten der landwirtschaftlichen Organisation für die künftigen Aussenstellen grosse Anforderungen an Räumen und Möbel gestellt werden. Über den Stellenplan der Aussenstellen der landwirtschaftlichen Organisation ist den Sachbearbeitern der Bezirkshauptmänner ein vertraulicher Entwurf zur streng-vertraulichen Stellungnahme mitgeteilt worden. Ebenso sind die landwirtschaftlichen Sachberater bei den Bezirkshauptmännern aufgefordert worden heute

von für die Bereitstellung des notwendigen zu sorgen. Es sind dabei Versuche gemacht worden bisher beim Bezirkshauptmann beschäftigt werden. Es sind von weit höheren Einstufungen (bis 3 Stufen) angeworben (Klattau).

8.) Verbindungen zu den Sonderbehörden

Bis jetzt liegen keine Erfahrungen vor. Praktisch ist bis jetzt eine Verbindung zum Amt nicht vorhanden. Das liegt wohl daran, daß der

St.S. IV D - 47 b/41.

Prag, den 19. August 1942.

106

FS:

An Herrn
Landesvizepräsidenten Naudé ,

P r a g .

Termin bei dem Herrn Staatssekretär zur Erörterung von
Fragen der Verwaltungsreform am 22. d.Mts., vormittags
11 Uhr. Erbitte Rückäußerung, falls verhindert.

gez. Gies ,
Oberregierungsrat.

2.) Wv.

106a

[Faint, mostly illegible handwriting in blue ink]

1.)

[Faint text, possibly a name or title]

[Faint text, possibly a date or reference]



200702

2.)

Smith

107

Beläufige der Natur. Dasselbe bei 2.5.7. nicht bei
den Logarithmen angetroffen.

pej 2.5.7. ~ Logarithmen. Logarithmen. in 4. 100 Jahre!

Veränderung der Logarithmen.

Smith

RAV

2000-10-10
Lapit

10/10/2000
Lapit

10/10/2000
Lapit

Besprechung bei dem Herrn Staatssekretär am 21.d.Mts.,
nachmittags 17.00 Uhr.

gez. G i e s
Oberregierungsrat. / 12/12/02

FS NR 1577

113

Prag, den 17. August 1942.

17. VIII. 1942

2.) FS :

An Herrn
kom. Oberlandrat Heß,

I g l a u,

Oberlandratsamt.

Besprechung bei dem Herrn Staatssekretär am 2 .d.Mts.,
nachmittags 17,45 Uhr.

gez. G i e s
Oberregierungsrat.

3.) Wv. nach Abgang bei dem Unterzeichner.

Welling

114

Mr L. Brewster ✓

Long Point M

Gifts - R K F

Reg. Freigge Trimmari

July 1941
115

gültige Kontingenz Land
Der OLR-Inspektoren
u. Reservepartij

Zusammenarbeit SD - Log. System
Gras sofort freim.
Kontingenz geben an OLR-Insf.

Zusatz zur Grünfut. d. Reservepartij
(Ordnung ändern, Landwirtschaft - sofort -
alle zusammen einmünden!)
Mitteilungen Herbst an der OLR-Insf.

OLR-Insf. das Gefährd. e. b. R. R. sind!

Wald/Wasser

#

OLR

Gefahr!

Zusatz d. Bericht 9. Nov

Old June 114

Walter L. ...

~~Walter L. ...~~

~~mitbestimmung, mitarbeit ... Reg Kom~~

~~Advan-Randritz - Parker ...~~

~~Leistung ...~~

[Faint, mostly illegible handwriting in blue ink, possibly bleed-through from the reverse side of the page.]

Abschrift.

118

DER REICHSPROTEKTOR
in Böhmen und Mähren

Prag, den 11. August 1942

Der Generalinspekteur der Verwaltung

Geheim

An den
Herrn Stellvertretenden Reichsprotektor,
¼-Oberst-Gruppenführer und Generaloberst der Polizei
D a l u e g e ,

P r a g .

Betrifft: Dienstprüfungsbericht. *Zusammenfassung*

Auf meinen Inspektionsreisen, die ich im wesentlichen mit dem Leiter der Abteilung I unternahme, habe ich aus jedem Oberlandratsbezirk einige Bezirks-hauptmänner und Reichsauftragsverwaltungen, Oberbürgermeister - Reichsauftragsverwaltungen - sowie die Landes-behörde in Brünn besucht.

- 1.) Die Stellung der Inspekteure war diesen und den übrigen Behörden anfangs nicht ganz klar. Es wurde vielfach die Auffassung vertreten, dass man nach

der Oberlandräte beim $\frac{1}{4}$ -Gruppenführer Frank ihre Aufgabenkreise und die Wichtigkeit ihrer Stellung als verlängerter Arm des Reichsprotektors klar.

- 2.) Die Landesbehörde Brünn hat in dem Landesvizepräsidenten Dr. S c h w a b e einen äusserst intelligenten und aktiven Leiter, der mit grossem Idealismus an seine Aufgaben herangeht. Bei der Gliederung seiner Behörde und der Verteilung der Aufgaben nimmt er sich jedoch noch zu stark den alten österreichischen Verwaltungsapparat zum Vorbild, der verschwenderisch mit Personal ausgestattet, an einer untragbaren Schwerfälligkeit leidet. Es muss deshalb von der Landesbehörde noch eine engere Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und der Behörde des Reichsprotektors herbeigeführt werden, da sonst die Gefahr eintritt, dass die Landesbehörde eigene Wege geht, die mit den Absichten der Behörde des Reichsprotektors nicht immer im Einvernehmen stehen. Die ausser den Richtlinien des Reichsprotektors von der Landesbehörde Brünn an die Bezirksbehörden in Mähren herausgegebenen Vorschläge für die neuen Stellenpläne sind durch Weisung des Innenministeriums an die Landesbehörde zurückgestellt worden, da sie von den Richtlinien des Reichsprotektors in wesentlichen Punkten abwichen und von den Bezirkshauptmännern als Aufforderung zum sofortigen Umbau ihrer Behörden aufgefasst wurden.
- Der Präsidialchef des Innenministeriums, Ober-

3.) Die Einrichtung der geschäftsführenden Bezirks-
hauptmänner halte ich im wesentlichen für nunmehr
entbehrlich. Ihre Aufgaben können zum grössten
Teil den Bezirkshauptmännern - Reichsauftrags-
verwaltungen - übertragen werden. Die vorberei-
tende Tätigkeit übt sowieso jetzt schon der Bezirks-
hauptmann - Reichsauftragsverwaltung - aus. In vie-
len Fällen ist der vorbereitende Beamte ein Inspek-
tor, während beim geschäftsführenden Bezirkshauptmann
die Unterschrift von einem Obersekretär oder Sekretär
geleistet wird. Durch die Verlagerung werden bei
den geschäftsführenden Bezirksbehörden Kräfte frei,
die im allgemeinen den Bezirkshauptmännern nicht zur
Verfügung gestellt zu werden brauchen, da deren
Personal vielfach nicht voll ausgelastet ist.

Die Abteilung I ist mit den Vorarbeiten der
Verlagerung bereits befasst.

4.) Bei den deutschen Bezirkshauptmännern wurden bisher
folgende Mängel festgestellt:

a) Bei dem Bezirkshauptmann in Zlin befinden sich
42 von der Firma Bata "entliehene" und von
dieser Firma bezahlte Kräfte. Weitere Kräfte
sind von der Stadtverwaltung ausgeborgt. Dieser
Umstand war, wie ich nachträglich feststellte,
dem Personalsachbearbeiter der Landesbehörde Brünn
schon bekannt, ohne dass er Abhilfe geschafft hatte.

Der Abteilung I ist von diesen Vorgängen
Kenntnis gegeben worden.

b) Die Verschlussachenanweisung wird nicht mit der
nötigen Sorgfalt angewendet. Ich fand abgestem-

pelte

pelte Blanco-Durchlassscheine und Stenogrammblocks mit Geheimplakaten in einfachen Tischkästen vor. Die Belehrung nach dem Geheim-Merkblatt für die in die Protektoratsverwaltung abgeordneten Reichsbeamten und -angestellten vom 16. Juni 1942 war mehrfach ungenügend erfolgt und eine Wiederholung der Belehrung nicht sichergestellt.

Eindringliche Belehrung ist an Ort und Stelle erfolgt.

- c) Die Beaufsichtigung des tschechischen Personals in der autonomen Verwaltung war vielfach unzureichend. Einige Bezirkshauptmänner hatten sich mit ihrer deutschen Auftragsverwaltung abgesondert und die Tschechen sich mehr oder weniger selbst überlassen.

Auch hier erfolgten Belehrung und Abänderungsvorschläge an Ort und Stelle.

- d) Die Zuteilung deutschen Personals für die Reichsauftragsverwaltung ist ohne erkennbaren Grund stark unterschiedlich. So hat z.B. Vsetin bei 800 deutschen Einwohnern 14 Bedienstete in der Reichsauftragsverwaltung, während Mähr.Weisskirchen bei 3000 deutschen Einwohnern, einer deutschen Forstschule, RAD-Führerinnenschule, Kinderlandverschickungslager, Kurlazarett und deutschem Militär nur 5 Bedienstete (dabei nur 1 Schreibkraft) besitzt.

Ich habe die Zentralverwaltung auf diese Missverhältnisse hingewiesen und von ihr eine Liste der Bediensteten der Reichsauftragsverwaltungen und der jeweiligen deutschen Einwohnerzahl angefordert.

5.) Die Leiter der deutschen Abteilungen bei tschechisch geleiteten Bezirksbehörden arbeiten sich gut ein.

Die Ueberwachung des tschechischen Posteingangs muss noch verbessert werden. In einem Falle war ein von der Behörde des Reichsprotectors fälschlich "an den Herrn Bezirkshauptmann" (ohne Zusatz: Reichsauftragsverwaltung) gerichteter Brief von dem tschechischen Bezirkshauptmann geöffnet worden und gelangte erst 6 Tage später in die Hände des deutschen Abteilungsleiters, weil offenbar in den autonomen Abteilungen nach einem Vorgang gesucht worden war.

Belehrung der Leiter der deutschen Abteilungen und der absendenden Stelle ist erfolgt.

gez. Reinefarth
H-Brigadeführer
und Generalmajor der Polizei.

Sicherheitsdienst des Reichführers-
SD-Leitabschnitt Prag

L - SA 169

123
Prag-Bubentsch, den 8.8.1942.
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

Datum des Staatssekretärs
bei Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren
Eing.: 11. AUG. 1942

G e h e i m !

- 1.) An den
Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren
1/4-Gruppenführer K.H. Frank

P r a g

- 2.) An
1/4-Brigadeführer und General der Polizei
Reinefarth

P r a g

Betr.: Umbau der Verwaltung im Protektorat.

Vorg.: Ohne.

Anlg.: 1.

Anliegend wird mit der Bitte um Kenntnisnahme ein Bericht übersandt, der zu den Fragen des Verwaltungs-umbaus auf Grund von Meldungen aus Westböhmen zusammengestellt wurde. Auf die ausschliessliche rein stimmungsmässige Behandlung der Fragen ohne den Versuch einer abschliessenden Wertung darf besonders verwiesen werden.

Geheim

44. St. 1/4-Gruppenführer
für Kenntnis übermitteln.

zu Re 14/8.

Sturmführer

44. St. 1/4-Gruppenführer

44. St. 1/4-Gruppenführer

11/8.42.

St. G. I A 29/42

Betr.: Verwaltungsumbau im Protektorat.

Nach Meldungen aus Westböhmen hält die stimmungsmässig unterschiedliche Beurteilung des Verwaltungsumbaus in allen wichtigeren Fragen sowohl bei der deutschen als auch tschechischen Bevölkerung an. Allerdings ist heute das Ausmaß solcher Erörterungen und das Interesse nicht mehr so gross wie ursprünglich. Zustimmende Äusserungen seitens Deutscher befassen sich zumeist mit den höheren Zielen des Umbaus, wobei oft der jetzige Umbau nur als Schrittmacher einer späteren vollkommenen Aufsaugung der Protektoratsverwaltung betrachtet wird. Die deutsche Bevölkerung des politischen Bezirkes Taus z.B. ist über diesen Verwaltungsumbau sehr erfreut und erklärt, dass es sich nach ursprünglichem pessimistischem Abwarten nunmehr zeige, dass durch die Ernennung eines deutschen Bezirkshauptmannes in Taus im Rahmen dieses Verwaltungsumbaus in politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Hinsicht viel für das dortige Deutschtum gewonnen wurde. Auch in verkehrstechnischer Hinsicht bedeute es eine Erleichterung. Man müßte jetzt nicht mehr den weiten und durch die Kriegsverhältnisse umständlichen Weg nach Klattau nehmen, sondern

nur nach Taus; dies stellt sich als Vorteil heraus. Es wäre nur wünschenswert, wenn der jetzige Bezirkshauptmann von Klattau in Taus überträgt werden könnte, so könnte man sich nur noch günstig äussern.

ter
hab

Kopfzerbrechen verursacht, doch heute ist dies eingespült.

meh
und
ein
lic
lev

Erwartungen auf tschechischer Seite liegen gegenwartsnahen Betrachtung. Mittlere Beamte und Angestellte erwarten sich von dem neuen Bezirkshauptmann mehr Schutz in allen persönlichen Angelegenheiten, während vor allem tschechische Geschäftsleute erkennen geben, dass sie froh sind, jetzt ihre Angelegenheiten direkt bei der Bezirksbehörde erledigen zu können.

zu können. Positiv eingestellte Tschechen erblicken in der Anpassung der Protektoratsverwaltung an die Verwaltung des Reiches die Gewähr eines Abbaues des ihrer Ansicht nach sprichwörtlichen Bürokratismus der tschechischen Verwaltungsbeamten und durch die Bestellung von deutschen Leitern bzw. Bezirkshauptleuten ein reibungsloses Funktionieren der Verwaltung auch im Protektorat. Vereinzelt wurde hier sogar in diesem Zusammenhang der Wunsch geäußert (Bezirk Taus und Pisek), dass über die Verwaltung hinaus auch die tschechische Gerichtsbarkeit der des Reiches angepasst und nach deutschem Muster aufgezogen werde.

Die Kritiken an dem Verwaltungsumbau tragen sachlichen, regionalen und damit wirtschaftlichen sowie auch politischen Charakter. Auch ist es immer wieder die Frage der oft ungeklärten Zuständigkeit, die häufig Anlass zu Klagen bietet. Hinzu kommt auf tschechischer Seite die Betrachtung des Umbaus in politischer Hinsicht, indem man dem Umbau das Ziel einer schrittweisen vollständigen Verdeutschung unterschiebt.

Politische höhere Beamte der deutschen Verwaltung im OLB Pilsen fassen ihre Kritik zum abgeschlossenen Umbau der Verwaltung folgendermassen zusammen:

Die von 1/4-Obergruppenführer Heydrich ins Auge gefasste Auflockerung der Verwaltung in Böhmen und Mähren stellt zweifelsohne in jeder Hinsicht eine vorteilhafte und zu begrüßende Maßnahme dar, doch sei sie nicht konsequent durchgeführt worden. Statt der geplanten Personaleinschränkung ist jetzt noch ein Personalmangel zu verzeichnen. Die Aufspaltung der gesamten Verwaltung in Fachverwaltungen, z.B. Forst, Arbeits-einsatz und nunmehr Landwirtschaft, munde wie ein Konkurs an, bei dem jede beteiligte Stelle bemüht war oder ist, für ihre Anteile am besten und vorteilhaftesten abzuschneiden. Man habe dabei unwillkürlich den Eindruck von typischer Postenjägerie. Die vielfache Zuständigkeitsfrage, ob z.B. Bezirksbehörde, der geschäftsführende oder die Landesbehörde usw., stelle eine chaotische Verzettlung dar, bei der der Grossteil der Bevölkerung und vielfach auch Beamte selbst nicht Bescheid wüssten. In regionaler Hinsicht sei ausgesprochen gesündigt worden. Die Verwaltung habe einfach vom grünen Tisch aus umgebaut, aufgelöst und neu geschlossen, ohne dabei auf die wirtschaftlichen und verkehrs-

134

Der Reichsführer SS
in Jochen bei München.
Chgo - 8. AUG. 1942

Der Reichsführer SS
Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
und
Beauftragter der NSDAP für Volks-
tumsfragen .

An

1. die Chefs der Hauptämter der SS
2. die Höheren SS- und Polizeiführer
als Beauftragte des Reichsführers SS,
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
3. alle Befehlshaber, Kommandeure und Inspektoren
der Sicherheitspolizei und des SD
4. die SD-(Leit)Abschnitte und SD-Hauptausstellen
5. die Gruppen und Referate des RSHA.

Betr.: Anordnung über den Aufbau der Volkstumsarbeit der
NSDAP, die Zuständigkeiten der Hauptämter der SS
und die Mitarbeit bei dem Beauftragten der Partei
für alle Volkstumsfragen.

Anlg.: - 1 -

Auf Grund der anliegend beigefügten Verfügung V 2/42 vom
16. März 1942 ordne ich folgendes an:

- I. Das bei der Reichsleitung der NSDAP errichtete Hauptamt
für Volkstumsfragen ist Mittelstelle für alle an die
NSDAP herantretenden Volkstumsfragen. Die Bearbeitung
liegt in den Händen der jeweils zuständigen Hauptämter
des Reichsführers SS und Reichskommissar für die Festi-
gung deutschen Volkstums. Das Hauptamt für Volkstumsfra-
gen leitet die Anregung
der SS auf ihren Arbeit
digen Dienststellen der
- II. Die 4 Sachreferate des
werden wie folgt besetzt
 1. mit einem Sachbearbe
stelle
 2. mit einem Sachbearbe
antes

4. mit einem Sachbearbeiter des Stabshauptamtes des Reichsführers SS Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums.

III. Zwischen den vier beteiligten Hauptämtern der SS wird folgende grundsätzliche Aufgabenabgrenzung angeordnet:

1. V o l k s d e u t s c h e M i t t e l s t e l l e .

Die Volksdeutsche Mittelstelle führt im Reich und in den unter der Oberhoheit des Reiches stehenden Gebieten die gesamte volkstumsmässige Arbeit zur Festigung des Deutschtums. Diese Arbeit umfasst zugleich die Führung der Massnahmen zur Aufnahme wiedereindeutschungsfähiger Personen (Volksliste III und IV) und eindeutschungsfähiger Fremdvölkischer in die deutsche Volksgemeinschaft. Ihr untersteht im Rahmen etwaiger Umsiedlungen Volksdeutscher die Aussiedlung aus dem bisherigen Wohngebiet und die gesamte Führung und Fürsorge in den Lagern. (Ausserdem führt die Volksdeutsche Mittelstelle im Auftrage des Reichsaussenministers und in meinem Auftrag die Volksdeutschen).

2. R e i c h s s i c h e r h e i t s h a u p t a m t .

Das Reichssicherheitshauptamt bearbeitet alle Volkstumsprobleme, die sich aus dem Vorhandensein fremden Volkstums im Reich und in den unter der Oberhoheit des Reiches stehenden Gebieten ergeben. Hierzu gehören insbesondere die Fragen fremdvölkischer Minderheiten im Reich sowie des Einsatzes fremdvölkischer Arbeitskräfte. Das Reichssicherheitshauptamt führt fernerhin die notwendig werdende Aussonderung allen fremden Volkstums durch. Dem Reichssicherheitshauptamt obliegt ferner der gesamte Informationsdienst in allen Volkstumsfragen sowie die Abgabe politischer Beurteilungen. Bei politischen Beurteilungen Volksdeutscher wird das Reichssicherheitshauptamt durch Einholung seiner Stellungnahme von der Volksdeutschen Mittelstelle beteiligt. Bei von einander abweichenden Beurteilungen ist zwischen beiden Dienststellen Übereinstimmung über die herauszugebende Beurteilung herbeizuführen. Als Sonderaufgabe führt das Reichssicherheitshauptamt die Erfassung aller volksdeutschen Umsiedler durch die BWZ durch.

3. R a s s e - u n d S i e d l u n g s h a u p t a m t .

Das Rasse- und Siedlungshauptamt ist beratende und durchführende Dienststelle für alle Fragen der rassischen Auslese. Hierbei handelt es sich sowohl um die Überprüfung der in das Reich umzusiedelnden Volksdeutschen als auch um die Überprüfung der aus dem Reich kommenden Ostsiedler. Das Rasse- und Siedlungshauptamt führt ferner die rassische Auslese der Fremdvollsgruppen hinsichtlich der Eindeutschungsfähigkeit einzelner Familien und Personen sowie die rassische Überprüfung bei Eheschliessungen mit Fremdvölkischen durch.

137

A b s c h r i f t !

Vertraulich.

nicht zur Veröffentlichung !

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Partei - Kanzlei
Reichsverfügungsblatt

München, den 16. März 1942 Ausgabe A 11/42

Der Führer

Verfügung V 2/42

Betr.: Errichtung eines Hauptamtes für Volkstumsfragen bei der Reichsleitung und von Ämtern für Volkstumsfragen in den Gaue und Kreisen der NSDAP.

1. Ich habe mit meinem Erlass vom 7.10.1939 den Reichsführer SS Heinrich Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und damit als meinen verantwortlichen Sachbearbeiter für alle Volkstumsfragen eingesetzt. Gemäss Anordnung A 7/41 vom 26.2.1941 ist der Reichsführer SS Heinrich Himmler als Beauftragter der NSDAP für alle Volkstumsfragen auch deren verantwortlicher Sachbearbeiter.
2. Die Bearbeitung aller einschlägigen Fragen wird zwecks Vereinfachung künftig in einem Hauptamt der Reichsleitung zusammengefasst.
3. Soweit vorhanden, sind bei den Gauleitungen und Kreisleitungen die bisherigen Grenzlandämter in die Ämter für Volkstumsfragen einzugliedern.
4. Die Verbandsarbeit des Volkstumsverbandes wird durch den Beauftragten der NSDAP Reichsführer SS Himmler geführt.
5. Die Durchführungsbestimmungen zu dieser Verfügung erlässt der Beauftragte der NSDAP für alle Volkstumsfragen im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei dem Reichsschatzmeister und Reichsorganisationsleiter.

Führerhauptquartier, den 12. März 1942

gez. Adolf Hitler

Erscheint in Ausgabe A und B

Handwritten: 47-11938

Fernschreibstelle

--	--	--

Post Nr. 3121

Laufende Nr.

Fernschreibname

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum:

Datum:

6/8 15 19 42

um:

um:

an:

von:

Obj. Kuntze

durch:

durch:

Rolle:

Obj. Kuntze
Wappe

Vermerke:

Fernschreiben:

DER BEZIRKSHAUPTMANN REICHSYUFTRAGSVERWALTUNG

732 ZLIN DEN 6.8.42

Abgangstag

Abgangszeit

= AN DEN HERREN REICHSPROTEKT

UND MAEHREN ZU HANDEN HERRN OBERREGIERUNGSRAT

18

138a

= 2. GEWITSCH. == UNTERGEBRACHT IN FRUEHERER LANDWIRTSCHAFTSSCHULE,
BAULICHER ZUSTAND ENTSPRECHEND, EINRICHTUNG PRIMITIV UND WENIG
FREUNDLICH, KNABEN SCHLAFEN IM EHEMALIGEN GYMNASIUM,
EINRICHTUNG MANGELHAFT. ERGAENZUNG DER EINRICHTUNG UNGEFAEHR
10.000 RM. BELEGFAEHIGKEIT: 35 KNABEN, 27 MAEDCHEN, LETZTE
BELEGUNG: 26 KNABEN, 14 MAEDCHEN. HEIMLEITERIN FRL. KOLLMANN, C
OHNE KLAGEN, 2 HELFERINNEN, 5 DEUTSCHE UND TSCHECHISCHE DIENSTBOTEN.

== EIN 16 JAEHRIGER ERZIEHUNGSHELFER WURDE NACH SKANDALOESER
AUFFUEHRUNG ENTFERNT, WIRKTE ALS JUGENDVERDERBER. ===

3. GROSS SELOWITZ. == UNTERGEBRACHT IN HEEMALIGER
LANDWIRTSCHAFTSSCHULE, BAULICHER ZUSTAND SEHR GUT, EINRICHTUNG
SEHR GUT. BELEGFAEHIGKEIT: 40 BETTEN, MUSS IM HERBST 70 KINDER
AUFNEHMEN. DIE KNABEN WERDEN GEGEN DEN RAT DES REGIERUNGS-
KOMMISSARS IM KELLERGESCHOSS UNTERGEBRACHT. HEIMLEITERIN FRAU
LEPPER, OHNE KLAGEN, 2 HELFERINNEN, DEUTSCHE UND TSCHECHISCHE
DIENSTBOTEN. == VORHER WAR FRL. FELIX, NUNMEHR IN BOSKOWITZ
HEIMLEITERIN, DEREN PRIVATLEBEN ANLASS ZU ERNSTEN KLAGEN BOT.
DAMALS WURDE IM HEIM VON KINDERN VIEL TSCHECHISCH GESPROCHEN.

4. GOEDING. == UNTERGEBRACHT IN SEHR GUTEM EHEMALS JUEDISCHEM
OBJEKT. BAULICHEER ZUSTAND SEHR GUT, EINRICHTUNG SEHR GUT.
BELEGFAEHIGKEIT: 50 BETTEN, LETZTE BELEGUNG 40 KINDER.
HEIMLEITERIN FRAU CZAJANEK, OHNE KLAGEN, 3 HELFERINNEN,

5. UNG. HRADISCH. === UNTERGEBRACHT IN WENIG GEEIGNETEM
EHEMALS JUEDISCHEM OBJEKT. ENTSPRECHENDER GARTEN FEHLT.
BAULICHER ZUSTAND GUT, EINRICHTUNG ENTSPRECHEND, NUECHTERN.
BISHERIGE BELEGUNG: 50 KINDER, KOMMENDE BELEGUNG: 70 KINDER.
ERGAENZUNG DER EINRICHTUNG IST BEREITS VERANLASST, FUER WEITERE



06970

139

Fernschreibstelle

--	--	--

Laufende Nr.

Fernschreibname

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum: 19

Datum: 19

um:

um:

an:

von:

durch:

durch:

Rolle:

(Bef)

AND GEM...

TEN, STEIGERUNG AUF

SIND AUSGEBORGT,

LT WERDEN. FUER ANS

NOETIGT. HEIMLEITE

139a

HELFERINNEN; TSCHJECHISCHE DIENSTBOTEN. ==

= 6.ZLIN. === UNTERGEBRACHT IM DEUTSCHEN SCHULGEBAEUDE, WAS SICH
UNGUENSTIG AUSWIRKT. DIE EINRICHTUNG WURDE DURCH DIE FA.
BATA BESORGT. BAULICHER ZUSTAND SEHR GUT, INNENEINRICHTUNG SEHR
GUT, ABER NICHT DURCHAUS ZWECKMAESSIG, VIELE BETTEN SIND
ZU KLEIN. BELEGFAEHIGKEIT: 33 BETTEN, LETZTE BELEGUNG 18 KINDER.
GROSSE BETTEN FUER KNABEN SIND UMGEHEND ZU BESCHAFFEN.

HEIMLEITERIN FRL. HIRTL, SEHR GUT, 1 HELFERIN, TSCHJECHISCHE
DIENSTBOTEN. BIS FRUEHJAHR 1942 WAR HEIMLEITERIN EIN FRL.
SCHWEIZER AUS KASSEL, DIE DIE GESCHAEFTE LAESSIG FUEHRTE. VON
DEN KINDERN WURDE DAMALS VIEL TSCHJECHISCH GESPROCHEN. ===

= GEZ. DR. B A Y E R L . ==:



69690

(Handwritten initials)

Handwritten notes and signatures at the bottom of the page, including a date '14.8.42' and a signature 'Hirtl'.

140

St.S. XII J - 36/42.

Prag, den 1. August 1942.

R



FS :

An Herrn
Oberlandrat Dr. Bayerl,
Z l i n, *Brünn*
Oberlandratsamt.

Ob. Gen. Verh. d. Am.

Sehr geehrter Herr Oberlandrat !

Der Herr Staatssekretär läßt Sie zum 3.8.d.Js., 17.00 Uhr nachmittags, zu einer Besprechung an Amtsstelle bitten. An der Besprechung wird der Generalinspekteur der Verwaltung, Herr General Reinefarth, teilnehmen.

Heil Hitler!

Ihr

(Gies)

Oberregierungsrat.

FS NR 1502 VON RPROT ERH 1.8. 1455 OLB / HOFFMANN+++

Post. Ort geändert auf tel. Anweisung von Dr. Gies.

1/8. 1942

*dem Herrn
1. 1942*



143

Fernschreibstelle

[] [] []

R-Prot.No 1546

Laufende Nr.

Fernschreibnummer

t: 9.8. 19 42

2215

von Budweis
Reichardt

von:

Post Prag 9/8 2/155

Abgangszeit

An:

Herrn Oberlandrat Klose

Budweis

Bestimmung vom Absender auszufüllen

(Bestimmungsort)

Bitte am N.S. 17.10 zur Püchsprache bei
Staatssekretär Frank an Amtsstelle zu er-
scheinen.

gez. Gies, Oberregierungsrat +

EINS ERHALTEN 9/8 2215 BUDWEIS / RICHTER +

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanruf des Auftraggebers

Der Oberlandrat
in Prag



Prag, den 17. Juli 1942.

144

Sehr verehrter Herr Staatssekretär !

Bevor ich meinen politischen Lagebericht der Behörde des Herrn Reichsprotectors vorlege, möchte ich mir angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der von mir angeschnittenen Fragen erlauben, Ihnen persönlich ein Exemplar zur geneigten Einsichtnahme zu überreichen. Bin ich doch bereits nach vierwöchentlicher Inspektionstätigkeit zur festen Ueberzeugung gekommen, dass der jetzige Zustand weder für die Reichsverwaltung noch für die autonome Verwaltung befriedigend und auf die Dauer politisch fruchtbringend sein kann. Die politische Macht muss in der Exekutive m.E. entweder ganz bei den Inspektoren oder aber eindeutig bei der autonomen Verwaltung liegen. Jede Teilung der politischen Macht oder der Entscheidungsbefugnis führt zu einer Zweigleisigkeit, die wir schon aus optischen Gründen -in erster Linie den Tschechen gegenüber- nicht länger aufrechterhalten sollten.

Mich persönlich, der ich schon $3 \frac{1}{2}$ Jahre in der Stadt Prag nicht nur verwaltet, sondern, wie ich glaube auch in Ihrem Sinne regiert habe, kann die jetzige Tätigkeit-zumal im dritten Kriegsjahr-nicht befriedigen

195

und meine Arbeitskraft nicht voll ausfüllen. Ich wäre Ihnen, hochverehrter Herr Staatssekretär, daher zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie mir möglichst bald eine andere, meine Arbeitskraft voll ausnützende politische Aufgabe in diesem mir ans Herz gewachsenen Raum zuweisen könnten. Gleichzeitig darf ich mich bei Ihnen gehorsamst zum Vortrag melden.

Heil Hitler!
Ihr ganz ergebener

Handwritten signature in red ink, possibly 'H. W.' with a large flourish.

Handwritten signature in black ink, possibly 'H. W.' with a large flourish.

Handwritten notes in blue ink:
1) Kennzeichen: des Vortrag des Klassen.
gründlich.
2) in der Klasse 0-2 & 3. Klasse.
gen.

Handwritten date in blue ink: 10. 1918. 9. 25.

Der Oberlandrat
Inspekteur des Reichsprotectors
Nr. 263/42 g

146
Prag, den 16. Juli 1942.

An
den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren
z.Hd.von Herrn Oberregierungsrat Dr. Landmann o.V.i.A.
in P r a g .

Betrifft: Politischer Lagebericht für den Monat Juni-Juli 1942.

I. Verwaltungsreform.

1.) Deutsche Bezirkshauptmänner.

Die in den Bezirken Prag-Land, Brandeis, Melnik, Jungbunzlau, Kladno, Kolin, Raudnitz und Beneschau neu eingesetzten 8 deutschen Bezirkshauptmänner haben sich erfreulicherweise sehr rasch in ihren Bezirken eingelebt und sind mit grösstem Fleiss und mit politischer Klugheit an ihre neue Aufgabe herangegangen. Wie ich feststellen konnte, haben sie sich überall die erforderliche Autorität gegenüber ihrer überwiegend tschechischen Beamtenschaft gesichert und stehen schon heute in engster Fühlung mit den sonstigen deutschen Dienststellenleitern und den Führern von Partei, Staat, Wehrmacht und Wirtschaft. Um den deutschen Behördenleitern diese Fühlungnahme zu erleichtern, mir selbst ein Bild von den Dingen zu machen und eine einheitliche politische Linie in den 18 Aussenbezirken festzulegen, habe ich in den wichtigsten Städten Kolin, Kladno, Jungbunzlau und Beraun selbst Dienstbesprechungen abgehalten und dabei alle schwebenden politischen Fragen geklärt und zur Entscheidung gebracht (Volkstumsfragen,

147

Kommunalangelegenheiten, Schul- und Schülerheimfragen, allgemeine Beamten- und Organisationsangelegenheiten, Probleme des Arbeitseinsatzes und der Konzentration der Wirtschaft, sowie des Verkehrs und der Kulturpolitik). Es zeigte sich sehr bald, dass durch einen lebendigen

enge Zusammenarbeit
arbeiten Vieles erreicht
w. Beschwerden an Ort
igt werden können.

Reichsauftragsverwaltung.

uen Leiter der Reichsauftragsverwaltung
geleiteten Bezirkshauptmannschaft

geben sich durchwegs
allen Dingen durch un
es daher auch zunächs
von ihnen über das Zi
die autonome Verwaltu
hielten - was ich sof
packten, die heute no
Diese, aus Übereifer
gesehenen Pannen lass
draussen nicht tragisch genommen. Allerdings darf man da-
bei nicht übersehen, dass das Verhältnis des tschechischen
Bezirkshauptmannes zur Reichsauftragsverwaltung und unge-
kehrt bei der Ungeklärtheit des Unterstellungsverhältnis-
ses immer ein schwieriges Problem bleiben wird; denn, ab-
gesehen von den politischen Gegensätzen wirft das tägliche
Leben unzählige Fragen delikatester persönlicher Natur
auf - angefangen bei der Benützung des Dienstwagens, der
Behandlung der eingehenden Post, insbesondere der an die

Arbeit und der Verantwortung nicht entziehen und seine Untergebenen nicht an die Landesbehörde oder andere autonome Stellen verweisen kann. Er muss sich um die Dinge kümmern, auch wenn ihm von den autonomen Stellen entgegengehalten wird, dass ihm diese reinen Verwaltungsfragen eigentlich gar nichts mehr angehen. So habe ich im Vortrag an Ort und Stelle sofort angeordnet, die Gebäude eines erschossenen Tschechen für Zweckauftragsverwaltung, die unmöglich untergeordnet dargestellt wird, dass strittige Sprachangelegenheiten der Bezirksbehörde im Sinne des deutschen Bürgergesetzes werden, dass ein für uns wichtiger Kranker vor der Vollendung steht, durchgeführt wird, die endgültige Genehmigung durch die zuständige Stelle selbst eingeholt habe -, dass für besonders dringende deutsche Bedürfnisse Gemeindegewerbesteuerzuschüsse gegeben werden, dass eine tschechische Gewerbesteuerkonzession zu Gunsten eines Deutschen entzogen wird, da das ordnungsmässige Verfahren auf dem autonomen Sektor viel zu lange dauert und erst nach einigen Verwarnungen und Beschwerdemöglichkeiten zum Ziele führen kann, dass der Verkauf eines Grundstückes an einen Tschechen nicht genehmigt wird, was die autonome Verwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften gar nicht so leicht verhindern kann u.a.m. Es sind verschiedene Anordnungen, die zwar auch von der Verwaltungsaufsichtsbehörde in irgendeiner Weise getroffen werden könnten, die aber zur Zeit jedenfalls von der politischen Instanz viel schneller und schlagkräftiger angepackt und zur Entscheidung gebracht werden.

Um diese von mir aufgezeigte unerfreuliche "Zweigleisigkeit" zu überwinden, glaube ich, dass nunmehr nur folgender Weg gangbar ist:

- 1.) Das Schwergewicht der politischen Macht in der Exekutive wird eindeutig und klar auf die autonomen Behörden verlagert, da das Rad unmöglich zurückgedreht

zirksstädte hat, wie sich bereits jetzt schon übersehen lässt, dem örtlichen Deutschtum einen nicht unerheblichen Auftrieb gegeben. So hat sich auch ein grosser Teil der Reichsauftragsverwaltungen schon in den ersten Tagen im Benehmen mit Partei und Wehrmacht bemüht, in reinen Streugebieten neue deutsche Heime u.dgl. einzurichten oder auszubauen, um auch auf diese Weise den Zusammenhalt der deutschen Bevölkerung zu fördern.

Besonders günstige Ansatzpunkte liegen hierfür z.B. dort vor, wo ein starker deutscher Zuzug her erfolgt ist. Ich denke dabei vor allem an den Podol-Weisswasser -Bezirk Jungbunzlau, wo das Deutschtum durch die Ansiedlung von Bessarabern eine erhebliche zahlenmässige und qualitativ erfahrene hat, sodass sogar während des Krieges besteht, eine über den Rahmen des üblichen Deutschtumspolitik zu betreiben.

Das Gleiche gilt für Gemeinden die

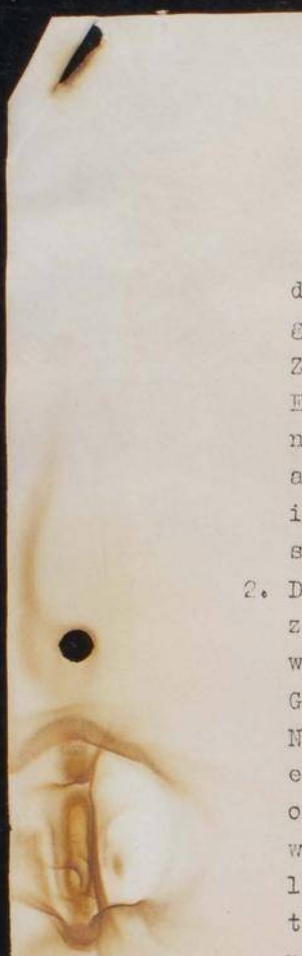
u
d
o
c
s
p
T
L
C

Weise eine Säuberung des Ortsbildes und eine Wiederherstellung deutscher kultureller Werte herbeizuführen.

der Neuorganisation de
Ich werde mich daher in
Einsetzung deutscher G
tisch bedeutenderen Or
für zunächst die Stadt
nahme durch den in Aus
Bodenbach von diesem l

Ein besonderes
meiner Inspektionstät

F
l
d
t
f
u
b
e



d
E
Z
E
n
a
i
s
2. D
z
w
G
N
e
o
w
l
t

urde, die im
tunter die im
lichen Verhält-
im einzelnen
benenfalls
orium für Wirt-
n ebenfalls

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren

11 d - 6120

Prag, den 30. Juni 1942

Schnellbrief!

Dienstanweisung für die Bezirkshauptmänner

An a/ die
trag
ordr

b/ das
- m

nachrichtl

c/ das
Reich

vom 23.5.
Verwaltungs-
en 1.In-
igenem Statut -
ausdrücklicher

Aufzählung

160 a

Aufzählung den Landespräsidenten - Reichsauftragsverwaltung zugewiesen werden. Für polizeiliche Aufgaben und einige von einer Bezirksbehörde / geschäftsführender Bezirkshauptmann/ für mehrere Bezirke zentral zu erledigende Arbeitsgebiete ist eine Sonderregelung getroffen worden.

I. Aufgaben und Stellung der Bezirkshauptmänner - Reichsauftragsverwaltung

1. Die Bezirkshauptmänner - Reichsauftragsverwaltung haben sich jederzeit der besonderen Verantwortung bewusst zu sein, die sie mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben des Reiches tragen. Ich erwarte, dass sie sich mit ihren neuen Pflichten ~~er~~gehend vertraut machen und die Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen und den Zielen der Führung des Reiches ausüben. Ihre Massnahmen müssen entschlossfreudig und frei von bürokratischen Hemmungen sein. An der Spitze aller Arbeit hat ausschliesslich die Erfüllung der kriegswichtigen Aufgaben zu stehen. Die Belange des Reiches haben den Vorrang vor allen anderen Interessen.
2. Zum Vertreter des Bezirkshauptmannes in Reichsauftragsangelegenheiten ist regelmässig der deutsche büroleitende Beamte zu bestellen.
3. Die Erteilung von Kassenanweisungen in Reichsauftragsangelegenheiten richtet sich nach den reichsrechtlichen Bestimmungen.
4. Die Bezirkshauptmänner haben den ihnen zugeteilten Reichsbeamten und -angestellten die Bediensteten und die sächlichen Mittel ihrer Behörde zur Verfügung zu stellen.
5. Die Landespräsidenten - Reichsauftragsverwaltung können die Bearbeitung von Verschlussachen auf bestimmte Beamte und Angestellte beschränken.
6. Vorgesetzte Behörde ist in allen Fällen der Landespräsidenten Reichsauftragsverwaltung - . Dieser beaufsichtigt die Bezirkshauptmänner bei der Durchführung der Aufgaben der Reichsauftragsverwaltung.
7. Davon unberührt bleibt nach wie vor die Pflicht zur Unterrichtung des Oberlandrats, der in seinem Amtsbezirk als ständiger Vertreter des Reichsprotectors und Träger der Reichsaufsicht über die Behörden und Körperschaften des Protectorats für die Beachtung der politischen Rechte des Reichsprotectors zu sorgen hat. Zu diesem Zweck der Oberlandrat befugt, sich von sämtlichen Behörden Körperschaften seines Amtsbezirktes unterrichten sie auf massgebende Gesichtspunkte und die danach lichen Massnahmen aufmerksam zu machen. Er kann im Verzuge oder nach Herstellung des Einvernehmens deutschen Landesvizepräsidenten im Rahmen der Ge Verordnungen für den Bereich seines Amtsbezirktes

06918



erteilen. Diese Befugnisse gelten auch in Reichsauftragsangelegenheiten. Die Bezirkshauptmänner haben daneben dem Oberlandrat insbesondere alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zur Kenntnis zu bringen.

- 8. Die geschäftsführenden Bezirkshauptmänner - Reichsauftragsverwaltung üben in ihrem Sprengel die ihnen vorbehaltenen besonderen Aufgaben unter eigener Verantwortung sind verpflichtet, sie zu unterstützen, über Befugnisse der geschäftsführenden Beamten aufgefordert Mitteilungen der Durchführung auf Amtshilfe mitzuwirken, die Dienststellen und sachliche Befugnisse zu stellen.

Die vorstehenden Bestimmungen mit eigener Verwaltung

Reichsauftrags-

II. Aufgaben der Bezirkshauptmänner

Reichshaupt-

- 1. Die Aufgaben der Bezirkshauptmänner sind bei der Ausführung der Aufgaben der Reichsauftragsverwaltung grundsätzlich zu setzen. Ferner sind die Verhältnisse der Ortsnähe der übrigen Bezirkshauptmänner zu berücksichtigen.
- 2. Auch hinsichtlich der besonderen Aufgaben der geschäftsführenden Bezirkshauptmänner übt der Landespräsident - Reichsauftragsverwaltung die Aufsicht aus. Lediglich die Aufsicht über die in der 1. Durchführungsverordnung unter IV Ziff. 4 aufgezählten Aufgaben des Verkehrswesens übt der Reichsprotector / Bevollmächtigter für den Nahverkehr / unmittelbar aus. Im übrigen gilt die zu I Ziff. 6 und 7 erwähnte Regelung.
- 3. Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, die Gesundheitsabteilung und die Veterinärabteilung des geschäftsführenden Bezirkshauptmannes führen ihre Geschäfte unter folgender Bezeichnung:

Der Bezirkshauptmann in - Reichsauftragsverwaltung, Abteilung Ernährung und Landwirtschaft die Bezirke